

City-Rundschau



für Charlottenburg-Wilmersdorf

Nr. 3 / 2011

Inhalt: Seite 3: Hauptstadt der brennenden Autos Seite 5: Verfehlt Wohnungsbaupolitik Seite 6: Schlechte Noten für Bildungssenator

Bezirk vor der Pleite

Rot-Rot-Grün macht uns arm

War im letzten Jahr von fast sieben Millionen Euro Schulden in Charlottenburg-Wilmersdorf die Rede, können es im nächsten Jahr bis zu 20 Millionen Euro sein. Angesichts der fehlenden finanziellen Spielräume sind weitere dramatische Einschnitte, die Schließung von Einrichtungen, die fortschreitende Vernachlässigung der Straßen und eine Zwangsverwaltung in Charlottenburg-Wilmersdorf zu erwarten.

Wer ist schuld? Zum einen gibt der Senat den Bezirken zu wenig Geld, obwohl hier die eigentlichen Leistungen am Bürger erbracht werden. Außerdem wird Charlottenburg-Wilmersdorf bei der Berechnung der Finanzen schlechter gestellt als andere Bezirke. Schon deshalb darf man nicht Rot-Rot in Charlottenburg-Wilmersdorf wählen.

Aber auch die rot-grüne Mehrheit im Bezirk trägt eine erhebliche Mitschuld. Klaus-Dieter Gröhler (CDU) machte wiederholt konstruktive Vorschläge: aufgrund zurückgehender Mitarbeiterzahlen wurden Dienstgebäude wie in der Sigmaringer Straße und in der Trautenaue Straße leer geräumt. Rot-Grün gab die Gebäude aber nicht auf, erzielte keinen Verkaufserlös und reduzierte keine Betriebskosten, sondern ersann neue Nutzungen, die den Haushalt des Bezirks belasten.

Schon in den letzten Jahren mussten viele Einrichtungen im Bezirk schließen. Standorte von Seniorenfreizeitstätten, Bibliotheken, der Volkshochschule und der bezirklichen Kultur wurden aufgegeben. Dramatisch sieht es bei den Jugendfreizeitheimen aus. Mehr als die Hälfte aller Einrichtungen wurden vom SPD-Mann Naumann geschlossen, der jetzt als Bürgermeister kandidiert. Was Christdemokraten für die Kinder und Jugendlichen jahrzehntelang aufgebaut haben, hat Naumann in kürzester Zeit zerschlagen.

Landesweit sieht es nicht besser aus. Berlin ist Schlusslicht bei der wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung. Investoren werden vom rot-roten Senat durch permanente Ignoranz aus der Stadt getrieben. Auch bei der schulischen Bildung liegt Berlin mit 27 Prozent der Über-15-Jährigen ohne Abschluss weit über dem Bundesdurchschnitt. Über 13 Prozent der Berlinerinnen und Berliner leben unterhalb der Armutsgrenze von 706 Euro. Auch insgesamt ist das verfügbare Durchschnittseinkommen unter Rot-Rot von 1500 Euro auf 1475 Euro gesunken. Alarmierend ist der Befund, dass die deutsche Hauptstadt damit unter dem Bundesdurchschnitt von 1740 Euro liegt, und dies ist einmalig in Europa – in allen anderen EU-Staaten liegt das Einkommen der

Hauptstadtregion über dem nationalen Durchschnitt. Einen Beitrag zur mangelnden Kaufkraft leisten die gestiegenen Verbraucherpreise, die vom Land Berlin zum Teil beeinflusst werden, wie bei den Mietsteigerungen auf Grund von Steuererhöhungen, bei Wasserpreisen und andere Abgaben.



Sowohl der rot-roten Senat als auch die rot-grüne Mehrheit im Bezirk gehen leichtfertig mit unseren Steuermillionen um. Der Volksmund würde sagen: „Das Geld wird verbrannt“.

Grafik: K.-U. Häßler - Fotolia.com

Briefwahl

Schon jetzt die Stimme abgeben

Sie müssen mit Ihrer Stimmabgabe nicht bis zum 18. September warten!

Es gibt keinen vernünftigen Grund, an den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September 2011 nicht teilzunehmen. Frei wählen zu können ist eine demokratische Errungenschaft, um die uns viele Menschen auf der Welt – wie gerade die Vorgänge in der arabischen Welt belegen – beneiden. Wer nicht wählt, überlässt den anderen die Entscheidung und stärkt in aller Regel die politischen Extreme von links und rechts!

Aber es gibt viele plausible Gründe, mit der Stimmabgabe nicht bis zum 18. September zu warten. Sie planen eine Urlaubsreise, einen auswärtigen Verwandtenbesuch, sie müssen sich einem operativen Eingriff unterziehen oder können nicht sicher sein, sich als Wahltag selbst gut „auf dem Posten“ zu fühlen? Dafür gibt es die Briefwahl!

Nachdem Sie Anfang August die Wahlbenachrichtigung erhalten haben, können Sie umgehend mit diesem Formular die Briefwahlunterlagen anfordern, zu Hause in Ruhe Ihre Wahl treffen und den Abstimmungsbrief kostenfrei per Post an Ihr Wahlamt in der Otto-Suhr-Allee 100 senden. Sie können aber auch schon vorher an einem beliebigen Werktag vor Ort im Wahlamt abstimmen. Dazu reicht es, den Ausweis mitzubringen. Auch dazu finden Sie alle Details in Ihrem Wahlbenachrichtigungsschreiben.

Sie stimmen bei der Wahl am 18. September ab über fünf Jahre Politik in Berlin und in unserem Bezirk. Sie entscheiden, wer unsere Hauptstadt Berlin und wer den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zukünftig repräsentieren und bürgernah verwalten und gestalten soll. Die CDU bietet hierbei die einzige echte Alternative zur kraftlosen rot-roten Senatspolitik und zur grün-roten Fantasielosigkeit auf Bezirksebene. Deshalb bitten wir Sie, Ihre drei Stimmen der CDU zu geben. Mit der Erststimme wählen Sie Ihren CDU-Direktkandidaten zum Abgeordnetenhaus. Mit der Zweitstimme für die CDU entscheiden Sie über die Mehrheiten im Abgeordnetenhaus, und mit der Drittstimme für die CDU bestimmen Sie, wer zukünftig den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf führt.

Frank Henkel fordert andere Sicherheitsstrategie

Null Toleranz gegen Kriminalität und Verwahrlosung

Derzeit vergeht in Berlin kaum eine Nacht, in der nicht Autos durch Brandanschläge zerstört und U-Bahnhöfe zu Schauplätzen brutaler Übergriffe werden.

Gerade ältere Menschen trauen sich abends kaum noch in öffentliche Verkehrsmittel oder in bestimmte Viertel. Diese Zustände sind unhaltbar. Wowerem Senat steht den Gefahren jedoch hilflos gegenüber. Dabei hat Rot-Rot die Situation selbst mitverantwortet. Gegen den erbitterten Widerstand von CDU-Fraktion und Polizeigewerkschaften wurden in den letzten zehn Jahren rund 4000 Polizistinnen und Polizisten abgebaut. Diese fehlen jetzt an allen Ecken und Enden. Auch das unangemessene „Sicherheitspaket“,



Frank Henkel

Foto: Martin U.K. Lengemann

von Polizei und BVG auf ausgewählten U-Bahnhöfen für mehr Sicherheit sorgen – genau die Doppelstreifen, die vom rot-roten Senat 2003 abgeschafft wurden. Allerdings stehen dafür aufgrund des Personal Mangels nur Polizeikräfte aus der Einsatzreserve zur Verfügung. Diese können jederzeit abgezogen werden, wenn andere Sicherheitslagen dies erfordern.

das Rot-Rot hektisch vorgelegt hat, verdient diesen Namen in keiner Weise. Zwar sollen wieder Doppelstreifen von Polizei und BVG auf ausgewählten U-Bahnhöfen für mehr Sicherheit sorgen – genau die Doppelstreifen, die vom rot-roten Senat 2003 abgeschafft wurden. Allerdings stehen dafür aufgrund des Personal Mangels nur Polizeikräfte aus der Einsatzreserve zur Verfügung. Diese können jederzeit abgezogen werden, wenn andere Sicherheitslagen dies erfordern.

SPD-Innensenator Körting musste im Parlament kleinlaut zugeben, dass diese für die U-Bahn-Sicherheit eingepflanzten Kräfte derzeit vor allem zur Bekämpfung der Autobrände gebraucht würden. Es handelt sich im Moment also eher um Phantomstreifen. Klar ist: Eine schlüssige Politik für Sicherheit und Ordnung gibt es in Berlin derzeit nicht. Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Null-Toleranz-Strategie nach dem Vorbild New Yorks. Der ehemalige Bürgermeister Giuliani hat dort Anfang der 90er Jahre gezeigt, dass man mit einer konsequenten Politik spektakuläre Erfolge im Kampf gegen Kriminalität und Verwahrlosung erzielen kann.

Um die Sicherheitslage in Berlin zu verbessern, brauchen wir

endlich mehr Polizisten auf der Straße und Personal auf den Bahnhöfen. Das allein wird aber nicht reichen. Wer Kriminalität bekämpfen will, muss den Nährboden beseitigen, auf dem sie gedeiht. Scheibenwisch-Attacken an Kreuzungen, Graffiti und Vandalismus, Verwahrlosung von öffentlichen Plätzen und Grünanlagen, marode Infrastruktur – all das sind Probleme, die man anpacken muss, anstatt sie zu ignorieren. Wir brauchen endlich eine Politik in der Stadt, die sich um die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Bürger kümmert, nicht nur in Wahljahren. Dafür wird sich die CDU-Fraktion einsetzen.

Frank Henkel, Fraktions- und Landesvorsitzender der CDU

Nova Vita in Westend

Einladung zur Vernissage

Unter dem Titel „ViVi Artprojects, Kunst – Collagen – Happenings“ läuft derzeit eine Ausstellung in der Nova Vita Seniorenresidenz in der Westender Ulmenallee.



Marion Halten-Bartels besuchte die Ausstellung in der Nova Vita Seniorenresidenz.

Vivian Gödicke und Victor Kommerell präsentieren dort im Eingangsbereich und auf den Etagen ihre Kunstwerke. Bei der Vernissage war auch die stellvertretende Kultur-Forums-Vorsitzende, Marion Halten-Bartels (CDU), die gleichzeitig Mitglied im Kulturausschuss der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf ist, dabei.

Nova Vita Residenz im Charlottenburger Westend hat sich nicht nur durch ihre pflegerischen Leistungen, sondern auch durch interessante Veranstaltungsangebote und kulturelle Präsentationen, die von der interessierten Öffentlichkeit gern besucht werden, einen guten Namen gemacht.

kurz und knapp

Bürgerbeirat zur Biogasanlage

Auf der Bürgerversammlung über den geplanten Bau der Biogasanlage in Ruhleben ist man auf Vorschlag der CDU-Fraktion übereingekommen, einen Bürgerbeirat zum Bau der Biogasanlage einzurichten.

Fahrradstreifen Reichsstraße

Bei einem Besuch von Frank Henkel, Spitzenkandidat der Berliner CDU, und Andreas Statzkowski hat sich die IG Reichsstraße kritisch über den angelegten Fahrradangebotsstreifen in der Reichsstraße geäußert.

Sanierungskosten liegen bei 25 Millionen Euro

Bleibt das Olympia-Schwimmstadion 2012 ganz geschlossen?



Das Olympia-Schwimmstadion muss dringend saniert werden.

Foto: Wecker

In diesem Jahr konnte das Olympia-Schwimmstadion erst mit großer Verspätung eröffnet werden. Grund waren erhebliche bauliche Mängel, die durch die Berliner Bäder Betriebe erst sehr spät festgestellt wurden.

sich der gesamte Sanierungsbedarf des Bades auf ca. 25 Millionen Euro beläuft. Zweimal hatte der Senat bereits Gelder für den Olympiapark in den letzten Jahren vorgesehen.

Auch das große Freibad in Wilmersdorf (Lochowdamm) wurde in diesem Jahr erst mit erheblicher Verspätung geöffnet, wie der SPD-Staatssekretär aufgrund einer mündlichen Anfrage von Andreas Statzkowski (CDU) einräumen musste.

Im Rahmen einer Fragestunde im Sportausschuss wurde der Staatssekretär von Andreas Statzkowski bezüglich des baulichen Zustands des Olympiaschwimmstadions befragt.

aufgrund der baulichen Mängel nicht sichergestellt ist.

Offensichtlich fehlt der politische Wille im Senat, das Olympia-Schwimmstadion baulich zu sanieren, obwohl das Parlament fraktionsübergreifend 50 Millionen Euro für die Sanierung der Berliner Bäder in den kommenden Jahren zur Verfügung gestellt hatte.

Austausch über Sport

Frank Steffel zu Besuch beim Bundespräsidenten

Der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel war zu einem zweieinhalbstündigen Besuch bei Bundespräsident Christian Wulff im Schloss Bellevue eingeladen.



Der Bundestagsabgeordnete Frank Steffel ist auch Präsident der Füchse Berlin.

Im Rahmen einer Sitzung des Sportausschusses besuchte Frank Steffel, Sportpolitiker und Präsident der Reinickendorfer Füchse, den Bundespräsidenten Christian Wulff im Schloss Bellevue.

Frank Steffel den Bundespräsidenten zu einem Heimspiel der Füchse ein. Dieser sagte begeistert zu, die Handballer gemeinsam mit seiner Familie zu unterstützen.

Jubiläum

25 Jahre Heinz-Galinski-Schule

Am 19. Juni feierte die Heinz-Galinski-Grundschule in der Waldschulallee 73-75 ihren 25. Geburtstag. Gefeierte wurde bis 16 Uhr mit allen Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Ehemaligen.

Berlin brennt ...

... und Körting reagiert nicht

Ein Brandanschlag am dichtbesiedelten Buckower Damm in Neukölln hätte letzgens beinahe zu einer Katastrophe geführt. Unbekannte zündeten einen Vattenfall-Transporter an, auf dem sich zwei gefüllte Gasdruckbehälter befanden.



Fast täglich werden in Berlin Autos angezündet – hier das Wrack ein Ford Focus in Mitte. Foto: Archiv

Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, dass die Gaskartuschen nicht explodierten: Zwei Passanten sahen die Flammen und informierten die Feuerwehr, die den Brand rechtzeitig löschte.

Die Tat folgte offenbar einem Hamburger Vorbild: 2008 war in Hamburg ebenfalls ein mit Gasflaschen beladener Transporter des Energieversorgers Vattenfall in Brand gesetzt worden.

In diesem Jahr sind schon in den ersten sechs Monaten über 60 Autos einem Brandanschlag zum Opfer gefallen, mehr als im gesamten Jahr 2010.

heute hat der Senat kein Konzept gegen die militante Linke.

Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus erneuert ihre Forderungen, dass Innensenator Körting (SPD) eine Sonderkommission einrichten und wieder für eine verstärkte Polizeipräsenz an tatrelevanten Orten und zu tatrelevanten Zeiten Sorge tragen muss!

Der Senat darf nicht weiter an der Sicherheit seiner Bürger sparen!

Der Senat darf nicht weiter an der Sicherheit seiner Bürger sparen!

Kaputt gespart

Freizeitheim Mollwitzstraße geschlossen

Die einzige Seniorenfreizeitstätte von Westend in der Mollwitzstraße wird auf Anordnung der grünen Sozialstadträtin geschlossen.

Kommentar von Klaus-Dieter Gröhler

Berlin – Hauptstadt der brennenden Autos



Fast hatte man sich daran gewöhnt, dass in Kreuzberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg nachts Autos angezündet werden.

Die massive Reduzierung der Polizeikräfte in unserer Stadt hinterlässt immer sichtbarere Spuren.

Zwar zeigt Berlins Innensenator mit Stolz auf seine Kriminalstatistik, doch die ist nur die halbe Wahrheit. Schließlich werden viele Delikte von den Bürgerinnen und Bürgern gar nicht mehr angezeigt, weil sie sich von der Anzeige nichts erhoffen.

Die brennenden Autos in den Straßen Berlins werfen ein besonderes Schlaglicht auf die Sicherheitslage. Derartige politisch motivierte Straftaten entstehen aber auch, weil es Politiker in Berlin gibt, die Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung nicht klar aus-

schließen und ein diffuses Verhältnis zu den Gewalttätern haben.

Wer meint, er müsste Verständnis für die Brandstifter aufbringen, der irrt und fügt dem Allgemeinwohl schweren Schaden zu. Gewalt gegen Personen, aber auch gegen Sachen, ist kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung!

Klaus-Dieter Gröhler Spitzenkandidat der CDU für das Amt des Bürgermeisters von Charlottenburg-Wilmersdorf

Online-Petitionen

Rot-Rot blockt Eingaben per Internet

Mit der rot-roten Koalitionsmehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus wurde im Juni im Rechtsausschuss der gemeinsame Antrag von CDU und FDP zur Einführung von Online-Petitionen abgelehnt.

Ein modernes Petitionsrecht erfordert nach Auffassung des Abgeordneten Andreas Statzkowski aber einen unbürokratischen Zugang, wozu auch die Nutzung moderner elektronischer Kommunikationsmedien gehört.

Der Antrag der CDU sieht auch vor, dass Petitionen von öffentlichem Interesse bei Zustimmung des Petenten auf der Internetseite des Petitionsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses veröffentlicht werden, verbunden mit der Möglichkeit, dass diese durch einzelne Personen oder Personengruppen innerhalb einer bestimmten Frist unterstützt werden können.

Die elektronische Petition bietet eine schnelle und transparente Verbindung der Bevölkerung zum Berliner Landesparlament.

Impressum

City-Rundschau für Charlottenburg-Wilmersdorf

V.i.S.d.P.: Andreas Statzkowski CDU Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin, Tel.: (030) 341 35 34

Hunde - Haftpflicht

44,09 € jährlich

Private - Haftpflicht

43,52 € jährlich



Die Angebote gelten für über 55 jährige Antragsteller.

Die Deckungssummen belaufen sich auf

6 Mio. € für Personen und Sachschäden.

(mit Wechsel-Service)

Ihr Ansprechpartner - VPV - Generalagentur

Thomas Howitz - Tel. 030 / 30 10 99 56

Advertisement for Glockenturm am Olympiastadion exhibition, featuring an image of the stadium and text: 'Nicht nur ein toller Ausblick... sondern auch ein toller Einblick. Glockenturm am Olympiastadion'.

Glockenturm am Olympiastadion - www.glockenturm.de - Tel. 305 81 23 - Fax. 305 38 88

CDU lehnt weitere Belastungen rund ums Messegelände ab

Nervige Staustrecke am Funkturm

Jeder, der durch das Nadelöhr am ICC fährt, spürt es tagtäglich. Spätestens seitdem der Auerbach-Tunnel durch die Deutsche Bahn AG in einer handstreichartigen Aktion bis Ende 2012 gesperrt wurde, ist die Kreuzung Messedamm/ Halenseestraße selbst außerhalb des Berufsverkehrs voll.



So reibungslos wie auf unserem Bild läuft der Verkehr rund um das Dreieck Funkturm seit einigen Wochen eher selten. Und das Nadelöhr bleibt den Berlinern noch lange erhalten, schließlich wird die A15 bis November 2013 saniert. Fotos: Christian Hahn

Und die Situation kann sich noch verschlimmern: Die Messe hat ihr Ziel erreicht und darf durch Zuarbeit des rot-roten Senats das Denkmal (!) Deutschlandhalle abreißen und mit einem temporären Ersatzbau bebauen, der auch für Kongresse während der Sanierung des ICC genutzt werden kann. Unnötig zu sagen, dass auch dadurch wieder Parkfläche verloren geht, ohne dass sich Gedanken gemacht wurde, wo die dann noch zahlreicher in den Süden des Messegeländes strömenden Besucher parken sollen. Sie werden wohl schnell in das nördliche Eichkamp ausweichen, was niemand gutheißen kann.

Genau gegenüber soll die ebenfalls unter Denkmalschutz stehende AVUS-Tribüne mit Glas verkleidet werden. Auch wenn die genaue Nutzung noch nicht feststeht, dürfte auch dies für

mehr Verkehr sorgen. Nicht genug der Belastung, will Möbel Höffner einen weiteren Großstandort auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofes Grunewald errichten. Hier besteht zwar bisher keinerlei Planungsrecht, aber auch die angedachten zwei Möbelhäuser samt Golfplatz würden die Verkehrssituati-

on weiter verschärfen. Die CDU Westend hat hierzu bereits eine Informationsveranstaltung in Eichkamp im November 2010 durchgeführt und mehrere Anfragen im Abgeordnetenhaus durch den Westender Wahlkreisabgeordnete Andreas Statzkowski gestellt. Bereits im Dezember hat die CDU

klargestellt, dass eine frühzeitige Einbindung der Anwohner ab dem ersten Planungsstadium gesichert sein. Jegliche weitere Verschärfung der Verkehrsbelastung rund um die Messe und die Siedlung Eichkamp lehnt die CDU Westend ab. Arne Herz, Vorsitzender des Forums Bau, Umwelt und Verkehr der CDU Charlottenburg-Wilmersdorf und Kandidat

für die BVV hat in diesem Zusammenhang erneut ein Gesamtverkehrs- und Parkkonzept rund um die Messe unter Berücksichtigung der neuen Messehalle eingefordert und den Abriss der denkmalgeschützten Deutschlandhalle durch den Senat kritisiert. Politik aus einem Guss sieht anders aus ...

Sicherheit im ÖPNV

Wowereits Griff in die Trickkiste

Vor über einem Monat hat der Senat sein „Konzept“ zur Verbesserung der Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgestellt.

Wie zu erwarten war, handelte es sich um ein reines Wahlkampfkonzept. Die Realität hat Wowereit und seinen Polizeiwegsparsenator Körting eingeholt: Es gibt immer mehr und schlimmere Überfälle im ÖPNV, die „Chefsache“ ist gescheitert. Berlin ist mit seiner zusammengesparten Polizei nicht mehr in der Lage, solchen Gewaltentwicklungen entgegenzusteuern. Die Doppelbelastung der Landespolizeireserve konnte nicht auf Dauer gut gehen. Darauf hat die CDU-Fraktion schon zu Beginn der Maßnahmen hingewiesen. Sobald es eine Landeslage

gibt, also Bereitschaftspolizisten andere Aufgaben und Aufträge bekommen, ist das versprochene Sicherheitskonzept für den ÖPNV nur noch für die Galerie.

Berlin ist nicht instand, mit den vorhandenen Kräften Großlagen und gleichzeitig den Schutz der Menschen im ÖPNV zu gewährleisten. Gerade angesichts der neuen brutalen Überfälle auf Fahrgäste in den U-Bahnhöfen Holzhauser Straße in Reinickendorf, Friedrichstraße in Mitte und Siemensdamm in Spandau muss die Einstellung von zusätzlichen Polizeibeamten so schnell wie möglich erfolgen. Ein weiteres Abziehen aus anderen Bereichen ist der falsche Weg. Die CDU-Fraktion bekräftigt deshalb ihre Forderung, Polizeibeamte aus anderen Bundesländern sowie ausgebilde-

te Polizisten, die nach ihrer Ausbildung nicht übernommen wurden, anzuwerben. Die guten Ansätze im Konzept des Senats sind aus dem CDU-Wahlprogramm übernommen worden, obwohl die Koalitionsmehrheit diese früher ablehnte. Wenn sich der Senat schon bei der CDU bedient, sollte er nicht auf halber Strecke stehen bleiben, sondern die von uns lange geforderte Einstellung von 250 zusätzlichen Polizeibeamten und die verlängerten Speicherfristen bei Videoüberwachung möglich machen. Die entsprechenden Anträge liegen dem Parlament vor.

Null Toleranz gegenüber Gewalt. Sicherheit muss deshalb wieder Priorität haben. Was Berlin braucht, sind keine Propagandatricks, Berlin braucht endlich mehr Polizeibeamte.

Elektro-Fahrräder

Bezirk soll Vorreiter sein

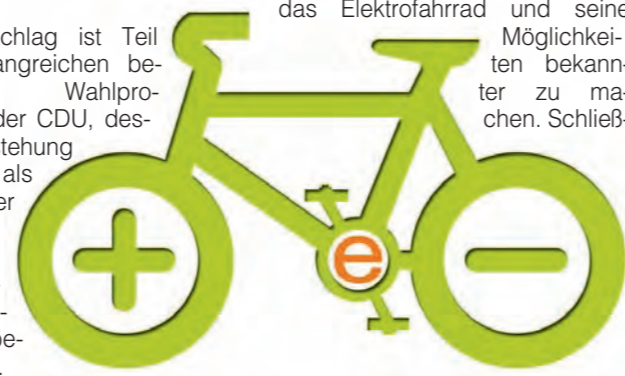
Privat und beruflich legt der Wilmersdorfer CDU-Kandidat Stefan Evers schon heute manche Strecke mit seinem Elektrofahrzeug zurück. Nun will sein Kreisverband auch politisch mit gutem Beispiel vorangehen und Charlottenburg-Wilmersdorf zum Vorbild für den intelligenten Umgang mit der Elektromobilität auf zwei Rädern entwickeln.

Der Vorschlag ist Teil des umfangreichen bezirklichen Wahlprogramms der CDU, dessen Entstehung Evers als Leiter einer Programmkommission von Anfang an begleitet hat.

„Wir haben uns mit unserem Modell an der Förderung von Elektrofahrzeugen in Stuttgart orientiert. In Stuttgart machen die vielen Steigungen den Radfahrern zu schaffen. Die Fahrradnutzung im Alltag wird so für manch einen unattraktiv. In Berlin sind es die großen Entfernungen, vor denen man leicht zurückschreckt. Auf beide Herausforderungen bieten Elektrofahrzeuge eine Antwort. Wer den täglichen Weg zur Arbeit gerne schnell und umweltfreundlich auf zwei Rädern zurücklegen will – ohne danach un-

ter die Dusche zu müssen – für den ist ein Elektrofahrzeug ideal“, so Stefan Evers.

Der Bezirksverordnete glaubt fest daran, dass sich mit einer zunehmenden Nachfrage die heute noch hohen Anschaffungspreise der flotten Zweiräder bald reduzieren werden. Um die Nachfrage zu steigern, soll nun auch der Bezirk seinen Beitrag dazu leisten, das Elektrofahrzeug und seine



Möglichkeiten bekannter zu machen. Schließlich

lich könnte die Nutzung des Fahrrads für viele Menschen eine interessante Alternative sein, die heute noch vor allem auf ihr Auto setzen. Ein Problem sieht Evers allerdings in der chaotischen Radverkehrspolitik des rot-roten Senats: „Das Berliner Radwegenetz ist ein Flickenteppich und nicht gerade ein Anreiz, auf das Fahrrad umzusteigen. Hier werden wir im Falle eines Wahlsiegs am 18. September ganz neue Akzente setzen müssen, um die Versäumnisse des rot-roten Senats aufzuarbeiten.“



Ein Bild aus längst vergangenen Zeiten: Aufsichtspersonal am S-Bahnhof.

Foto: Christian Hahn

Grafik: ferkelraggae, Fotolia.com

Verfehlte Wohnungsbaupolitik

Tatenlosigkeit des Senats treibt Mieten weiter in die Höhe



Der aktuelle Mietspiegel weist einen durchschnittlichen Mietenanstieg auf über fünf Euro Netto-Kaltmiete aus.

SPD und Linke scheinen aber zunehmend den Überblick über die tatsächliche Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verlieren. Bereits seit dem Jahr 2000 hat der Senat überhaupt keinen Überblick über Wohnungen, die nicht mehr zu Wohnzwecken genutzt werden. Bereits seit geraumer Zeit weisen die wohnungs-

heute zugenommen hat, wobei die Zahl der Wohnungen sich jedoch lediglich um 30 000 erhöht hat. Außerdem muss er erklären, wie es sein kann, dass sich vor diesem Hintergrund die vom Senat vorgelegten Leerstandszahlen seit Jahren bei einer Größenordnung von 100 000 Wohnungen befinden. Ferner muss Wowereit jetzt die Antwort darauf geben, warum der Senat nichts gegen die zunehmende Umnutzung von Wohnungen als sogenannte „Ferienwohnungen“ unternimmt und warum es keine Konzepte gibt, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zurückzuführen.

Es gilt jetzt, zur Abmilderung der größten sozialen Folgen ein Berliner Wohnraumgesetz zu beschließen, in dem die Kostenmietproblematik – zum Beispiel bei Zwangsversteigerung – endlich geregelt wird. Damit könnte zumindest ein gewisser Schutz für die Mieter der rund 28 000 Wohnungen hergestellt werden, denen der Senat abrupt die Sozialbauförderung versagt hat. Dieses Vorgehen hat auch zu einem erheblichen Anstieg des Mietenniveaus geführt, weil diese Wohnungsbestände nicht mehr der Mietpreisbindung unterliegen. Mittel- und langfristig müssen neue Wege der Förderung von Neubau im unteren Preissegment gegangen werden, damit jährlich mindestens 6000 Wohnungen zur Entlastung des Marktes gebaut werden können. Dabei müssen endlich Modelle zur Anwendung kommen, die eine Kooperation mit privaten Investoren vorsehen. Eine Finanzierung ausschließlich zu Lasten des Landeshaushalts darf es nicht mehr geben.

wirtschaftlichen Verbände wie der BBU auf die Tendenz hin, dass preiswerte Wohnungen in Berlin immer schwerer zu finden sind. Diese Entwicklung zeichnet sich seit langem ab. Die in den letzten Jahren rund 30 000 neu gebauten Wohnungen sind fast ausnahmslos frei finanziert und werden damit im höheren Preissegment angeboten. Diese Entwicklung hat der Senat zuletzt durch die nur am Profit orientierte Liegenschaftspolitik mit zu verantworten. Der Regierende Bürgermeister muss endlich Maßnahmen ergreifen, um die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu entspannen. Er muss jetzt die Antwort darauf geben, warum die Anzahl der Haushalte in Berlin seit dem Jahr 2000 um 165 000 bzw. 9,1 Prozent bis

Da stehen vielen schnell die Haare zu Berge, wenn sie das Mieterhöhungs-schreiben ihres Vermieters erhalten. Foto: gradt, Fotolia.com

Forderung der CDU endlich erfüllt

Die Müllschlucker dürfen bleiben

Die Berliner Bauordnung wurde kürzlich an einer für viele Mieterinnen und Mieter wichtigen Stelle geändert. Mit dieser Änderung können auch weiterhin Müllabwurfanlagen, besser bekannt als Müllschlucker, betrieben werden.

Damit folgt Rot-Rot unserer Forderung, die im letzten Jahr beschlossene Novellierung, wonach alle Müllabwurfanlagen spätestens bis 2013 geschlossen werden müssen, wieder rückgängig zu machen. Vor diesem Hintergrund begrüßt die CDU-Fraktion den Sinneswandel, auch wenn er lediglich auf wahlkampfaktische Überlegungen zurückzuführen ist. Die CDU-Fraktion hat sich in

den parlamentarischen Beratungen zu diesem Thema stets für eine Offenhaltung dieser Anlagen ausgesprochen. Sie hat die rote Koalition mehrmals aufgefordert, von dieser Änderung der Bauordnung Abstand zu nehmen und solche Maßnahmen nicht gegen den Willen der Mieter und Vermieter durchzusetzen.

Die zwangsweise Schließung von Müllabwurfanlagen war und ist aus Sicht der CDU-Fraktion nicht zielführend und wurde ebenfalls von den führenden Verbänden der Wohnungswirtschaft abgelehnt. Die mit den Stimmen von Rot-Rot seinerzeit beschlossene Änderung der Bauordnung hätte u. a. zur Folge gehabt, dass auch in bereits sanierten Gebäu-

Charlottenburg-Nord



Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein familienfreundlicher Bezirk.

Familien können sich auch in „Problemkiezen“ auf die CDU verlassen

Der Norden Charlottenburgs mit der Ring-Siedlung, der Behaung um den Heilmannring aus der Nachkriegszeit und der Paul-Hertz-Siedlung ist ein fester Bestandteil unseres großen Bezirks.

Die dortige soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ist eine Herausforderung für die Politik, denn nirgendwo anders in Charlottenburg-Wilmersdorf ist der Anteil der Jugendlichen, die mit ihren Eltern auf staatliche Geldleistungen angewiesen sind, so hoch wie hier. Diese Jugendlichen dürfen nicht benachteiligt oder gar ausgegrenzt werden. Deswegen setzt die CDU auf die Sicherung und Ausweitung der Angebote an die Jugendlichen durch die Jugendfreizeiteinrichtungen am Heckerdamm und im Halensee.

Nach der für den Herbst vorgesehenen Wiedereröffnung muss auch das Angebot der Stadtbibliothek noch intensiver den Nachfragen und Bedürfnissen junger Ausleiherinnen und Ausleiher Rechnung tragen, sie durch Befragungen in die Beschäftigungspolitik mit einbeziehen.

Die Grundschulstandorte v. Witzleben und v. Moltke sind weiter zu stärken und mit den Kitaangeboten und denen der weiterführenden Oberschulen im Umfeld noch intensiver zu vernetzen. Der Erhalt der Gottfried-Keller-Oberschule als gymnasiales Angebot in der Nähe lag und liegt der CDU besonders am Herzen, um die Wahlfreiheit von Schülern und Eltern beim Übergang in die 7. Klasse weiter zu sichern. Eine enge Zusammenarbeit mit der Musikschule des Bezirks und der Jugendkunstschule in der Nordhauser Straße ist anzubahnen.

Auch die Poelchau-Oberschule braucht nicht nur in Bezug auf die Gebäudebeschaffenheit (Asbestbelastung) Planungssicherheit. Dazu ist die CDU im Abgeordnetenhaus aktiv geworden! Neben dem Gottfried-Keller-Gymnasium plädieren wir hier für die Sicherung eines weiteren Oberschul-

standorts, auch dann, wenn die Poelchau-Oberschule als Sport-Elyteschule auf das Gelände des Olympiastadions gewechselt sein wird.

Aber auch junge Familien mit Kinderwunsch oder Kleinkindern sollen sich in Charlottenburg-Nord wohlfühlen. Dazu gehört das Park- und Freizeitangebot in der Jungfernheide ebenso wie die Sicherung der Qualität der „Buddelkisten“ zwischen den Wohnblöcken, die nicht zu Kaninchenburgen oder Hundeausläufen verkommen dürfen. Hierbei muss auch der notwendige Beitrag der Wohnungsbaugesellschaften vor Ort eingefordert werden. Auch auf dem nach historischen Vorbild neu gestalteten Goebelplatzes sollen Kleinkinder spielen können, z.B. auf den neu angelegten Rasenflächen.

Bereits jetzt gibt es Aktivitäten über die Generationen hinweg, wenn z.B. beim Sommerfest des Seniorenhauses Heckerdamm Jungen und Mädchen aus einer der benachbarten Grundschulen musikalisch liebevoll gestaltete Darbietungen brachten oder auf dem Gemeindefest der evangelischen Kirche Gruppen aus Kitas mit ihrem Tanz das Publikum erfreuten. Dieser Weg sollte weiter beschritten und ausgebaut werden und dabei auf viel mehr öffentliche Anerkennung stoßen!

In Charlottenburg-Nord leben zwar viele ältere Menschen, für die sich die CDU besonders engagiert, aber für die Zukunft dieses Brückes ist es unabdingbar, dass Brücken zwischen den Generationen gebaut werden und gerade auch junge Familien mit Kindern den Eindruck gewinnen können, sie sind hier willkommen.

Wenn Sie Ihre Meinung zum Thema sagen möchten, erreichen Sie die CDU Charlottenburg-Nord und Joachim Krüger, Direktkandidat im Wahlkreis 1 für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September, bei der CDU-Kreisgeschäftsstelle, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin, Raum 229 sowie unter ☎ 341 35 34.

Bildungspolitik – Verheerende Bilanz für den Bildungssektor

Die Probleme nie richtig angepackt

Seit Jahren beklagen die Schulleiter und Lehrer in Brandbriefen die Missstände an ihren Schulen, ohne dass der Bildungssektor darauf reagiert. Die Kritik an der Bildungspolitik des Senats durch Bürgerinitiativen und Eltern ist mehr als berechtigt.

Es fehlt weiterhin an Lehrkräften, die Gebäude sind marode, pädagogische Reformen sind schlecht vorbereitet und ideologisch geprägt. Die Reformwut von SPD und Linkspartei führt immer wieder zu massiver Verunsicherung von Lehrern, Schülern und Eltern. Die Berliner Schülerinnen und Schüler liegen bei den nationalen Vergleichstests immer hinten.

Dies ist eine verheerende Bilanz des mit seiner Aufgabe überforderten Bildungssektors. Die tatsächlichen Probleme sind jahrelang nicht angepackt worden, nie sind für die Reformen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen worden. Die Einstellungspraxis soll nun erst im Wahljahr leicht verbessert werden. Viele junge Lehrer sind jedoch längst abgewandert. Nach wie

vor fallen Tausende Unterrichtsstunden pro Woche aus.

Die CDU-Fraktion hat sich als einzige Fraktion beispielsweise immer wieder für eine langfristige Einstellungspolitik ausgesprochen und sowohl Konzepte für ein neues Lehrkräftezeitmodell als auch ein moderneres Gesundheitsmanagement gefordert und vorgelegt. Die CDU ist der Auffassung, dass Berlin wieder zur Verbeamtung der Lehrer zurückkehren muss. Der Senat dagegen hat immer noch keine Antwort auf den Personalmangel gegeben.

Die Grundschulen brauchen besonders viel Augenmerk. Was hier versäumt wird, kann später nicht mehr aufgeholt werden. Es ist inakzeptabel, dass in der 5. und 6. Klasse bis zu 60 Prozent des Unterrichts nicht durch Fachlehrer unterrichtet wird und die Kinder dieser Schulstufen systematisch vom Ganztagsbetrieb ausgeschlossen werden. Ferner muss der Zwang zum Jahrgangübergreifenden Lernen abgeschafft und eine Sprachförderklasse vor Schuleintritt eingeführt werden.



Zu wenig Lehrer, marode Schulen, falsche Reformen: Es wundert nicht, dass Berlins Schüler in den nationalen Leistungstests auf den hinteren Rängen landen.

Poelchau-Schule

Eltern, Lehrer und Schüler laufen Sturm

Eltern, Lehrer und Schüler der Poelchau-Oberschule in Charlottenburg-Nord laufen seit Wochen Sturm. Nahezu alle Medien Berlins berichten darüber. Der rot-rote Senat versinkt in Untätigkeit.

Erst ging es um einen möglichst baldigen Umzug der Eliteschule des Sports auf das Olympiagelände. Rot-Rot lehnte im Hauptausschuss des Berliner Parlaments eine einstimmige Empfehlung der Fachausschüsse ab. Trotz mündlicher Zusagen weigerte sich Rot-Rot, einem Umzug der Poelchau-Oberschule zuzustimmen. Eltern, Schüler und Lehrer fühlen sich zu Recht auf den Arm genommen.

Drastisch verschärft hat sich die Situation durch Asbestfunde im alten Gebäude. Es gibt inzwischen diverse Nutzungseinschränkungen. Zumal man Tiere und Dreck in den Zwischenböden des Schulgebäudes gefunden hat. Rot-Rot und der Bildungssektor verharmlosen die Probleme und weigern sich bislang, für eine provisorische Lösung bis zum Umzug Sorge zu tragen und die Nöte der Eltern, Schüler und Lehrer ernstzunehmen. Die CDU-Fraktion hat deshalb einen Antrag ins Parlament eingebracht, auf dessen Abstimmung man bestehen wird, und der Abgeordnete Andreas Statzkowski hat wiederholt Kleine Anfragen zum Thema gestellt.

Kein Geld für sichere Spielplätze

Abbau von defekten Spielgeräten

Charlottenburg-Wilmersdorf soll der kinderfreundlichste Bezirk Berlins werden. Dieser Wunsch des Bezirksstadtrats Klaus-Dieter Gröhler (CDU), kommunaler Spitzenkandidat der CDU für das Amt des Bezirksbürgermeisters, hat einen herben Rückschlag erlitten.

Immer mehr Spielgeräte auf Kinderspielplätzen müssen durch das Bezirksamt aus dem Verkehr gezogen werden, da sonst die Unfallgefahr für die Nutzerinnen und Nutzer zu groß wäre. Bedauerlicherweise zieren inzwischen mehr Schilder mit dem Hinweis auf das gesperrte Spielgerät die

Plätze als darauf herumtollende Kinder. Die Situation ist der Tatsache geschuldet, dass der Bezirk ein akutes Haushaltsdefizit aufweist, das es unmöglich macht, die Schäden an den Geräten zu reparieren. Auch eine Ersatzbeschaffung – ein solches Spielgerät kostet im Schnitt 15.000 Euro – ist aus der heutigen vom rot-grünen Bezirksamt zu verantwortenden Haushaltslage nicht darstellbar. Vielmehr wurden alle Investitionen für das Jahr 2011 von der rot-grünen Mehrheit in der BVV gestrichen.

Davon betroffen ist neben den Spielplätzen im Lietzenseepark,

im Preußenpark und im Schustehruspark auch der Spielplatz in der Bleibtreustraße. Für das zweite Halbjahr steht dem für die 130 Spielplätze im Bezirk zuständige Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) nur noch ein fünfstelliger Betrag zur Verfügung. Damit ist klar: die Situation der Spielplätze wird sich weiter verschärfen.

Die CDU wird sich weiter dafür einsetzen, dass das Ziel kinderfreundlichster Bezirk zu werden, keine Illusion bleibt und junge Familien mit Kindern sich auch zukünftig in Charlottenburg-Wilmersdorf wohlfühlen.

Hallenkapazitäten zu gering

Sporthalle entwidmet – SPD-Kandidat kündigt Konsens der Parteien auf

Seit vielen Jahren war man sich parteiübergreifend in Charlottenburg und Wilmersdorf einig: es gibt zu wenig Sporthallen.

Dieser Konsens wurde durch die statistischen Angaben des Sportsektors gestützt, nur rund 55 Prozent der benötigten Hallenkapazitäten sind in Charlottenburg-Wilmersdorf vorhanden. Die Sportler und Sportlerinnen des Bezirks spüren es häufig. Neue Sportgruppen und Vereine suchen länger nach Hallenzeiten.

Ein Ausbau des Sportangebots scheitert oftmals an den fehlenden Sporthallen. Außerdem wird sich die Situation aufgrund des Ausbaus der Ganztagsbetreuung weiter verschlechtern.

Die Reformschule in der Sybelstraße hat große Raumprobleme.

Aber anstatt die Realisierung vorhandener Ausbaumöglichkeiten prüfen zu lassen, schritt SPD-Mann und Sportstadtrat Naumann zur einfachsten Lösung: Umwandlung der vorhandenen Schulsporthalle. Anstatt sich für mehr Sporthallen einzusetzen, schließt SPD-Mann Naumann also Hallen im Bezirk.

In der Vorlage für das Abgeordnetenhaus ist als Alternative zur Schließung der Halle der Bau einer großen Schulsporthalle in der Eisenbahnstraße aufgeführt. Aufgrund der katastrophalen finanziellen Situation des Bezirks, den die SPD-Bezirksbürgermeisterin zu verantworten hat, musste der Bau der Halle nun aber storniert werden. So wird unter Vorpiegelung falscher Tatsachen gearbeitet.

Leserbriefe, Anregungen und Fragen richten Sie bitte an

City-Rundschau für Charlottenburg-Wilmersdorf
Postfach 100167, 10585 Berlin
oder per E-Mail an redaktion@city-rundschau.de



Auf manchen Plätzen müssen Kinder die Spielgeräte bald selbst mitbringen: Schippchen, Förmchen und Buddeleimer. Für intakte Wippen, Schaukeln und Rutschen fehlt dem Bezirk das Geld.

Bevor es zu spät ist



Durch die Vorsorgevollmacht kann eine gesetzliche Betreuung verhindert werden.

„Mir wird schon nichts passieren...“

Wer kennt diese Aussage von seinen Lieben nicht, wenn man diese verabschiedet, ob nun in den Urlaub, zur Arbeit oder zum Freizeitsport. Leider vergessen wir alle, dass immer etwas passieren kann.

Da liegen wir nun und können nicht unterschreiben, weil beide Arme gebrochen sind oder man sich in einem komatösen Zustand befindet, und wir sind dann rechtlich nicht gewappnet. Eine elementare rechtliche Absicherung kann durch die Vorsorgevollmacht getätigt werden.

Die Vorsorgevollmacht hat nichts mit Alter oder Krankheit zu tun, sondern sollte in jedem Haushalt vorliegen, wo die jeweilige Person geschäftsfähig ist.

Die Vorsorgevollmacht ist eine Willenserklärung, durch die eine Person meines Vertrauens bevollmächtigt wird, den Vollmachtgeber rechtsgeschäftlich zu vertreten. Durch die Vorsorgevollmacht, die ich dann rechtswirksam erteile, kann eine gesetzli-

che Betreuung ausgeschlossen werden. Eine Vorsorgevollmacht unterliegt keinen Formerfordernissen, vgl. § 167 Abs. 2 BGB. Es reicht ein eigenhändig unterschriebenes Schriftstück aus,

das mit dem Datum und der Ortsangabe zu versehen ist.

Der Vorsorgevollmachtgeber kann für folgende Bereiche Vollmachtsteilungen bestimmen:

- Gesundheits- und Pflegebedürftigkeit
- Aufenthalt und Wohnungsangelegenheiten
- Behörden
- Vermögenssorge
- Post- und Fernmeldeverkehr
- Vertretung vor Gericht
- Untervollmachten
- Betreuungsverfügung

Es ist keine notarielle Beglaubigung erforderlich. Die Vorsorgevollmacht kann bei der Bundesnotariatskammer im zentralen Vorsorgeregister hinterlegt werden. Durch diese Vorsorgevollmacht kann jeder geschäftsfähige Mensch, in Situationen die er unfall- oder krankheitsbedingt nicht selbst gestalten kann, sich dann auf die Fürsorgepflicht durch die Person seines Vertrauens sicher wissen.

Kostenlose Schulungen

für pflegende Angehörige und ehrenamtlich an der Pflege Interessierte

bei PREMIO, Großbeerenstr. 15 in 10963 Berlin-Kreuzberg

Freitag, 19. August 2011 von 9.00 bis 12.00 Uhr

Sonntag, 20. August 2011 von 9.00 bis 16.00 Uhr

Sonntag, 21. August 2011 von 9.00 bis 16.00 Uhr

Anmeldung und weitere Informationen unter ☎ (030) 693 21 64 oder ☎ 0171 - 19 19 8 11

Unser kostenfreies Angebot an Sie:

- Orientierungskurs bei der Entscheidung eine Pflege zu übernehmen
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Demenzerkrankten, Validationseinführung
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Multiple Sklerose
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Parkinson Erkrankten
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Schlaganfall Erkrankten
- Sterbebegleitung
- Pflegeberatung in der Häuslichkeit
- Pflegekurs mit einem allgemeinen Einblick in die Pflegesituation, im Rahmen von 15 Doppelstunden
- Rückenschulung unter dem Aspekt, Heben, Tragen und Lagern in der Pflegesituation

Die Kurstermine und Veranstaltungsorte erfragen Sie bitte bei PREMIO



Christine Schmidt
Großbeerenstr. 15
10963 Berlin
Tel. (030) 693 21 64
Mobil (0171) 19 19 811
im Internet: www.premioberlin.de

Seit 17 Jahren für Sie da

Kummer-Nummer von CDU und Berliner Woche

Die Kummer-Nummer der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus existiert seit 17 Jahren und ist einmalig in der Berliner Parteienlandschaft.

Die Kummer-Nummer hilft unter anderem bei

- Fragen zu Sozialleistungen (z.B. ALG II),
- überlangen Bearbeitungszeiten,
- Problemen mit Ämtern,
- der Suche nach richtigen Ansprechpartnern.

Die Hilfe erfolgt oft bereits direkt als Ratschlag am Telefon. In schwierigen Fällen setzen wir uns erst mit Behörden, Krankenkassen etc. in Verbindung.

Unser sozialpolitischer Sprecher, Gregor Hoffmann, bietet derzeit zwei persönliche Sprech-

stunden an. Diese finden am Dienstag von 17.00 bis 19.00 Uhr oder am Mittwoch von 8.00 bis 11.00 Uhr statt.

Terminvereinbarung: Dienstag und Donnerstag von 14.00 bis 16.00 Uhr unter der Telefonnummer ☎ (030) 23 25 28 37. Oder schreiben Sie eine Nachricht an gregor.hoffmann@cdu-fraktion.berlin.de.

Die Kummer-Nummer hat sich zu einer zuverlässigen Anlaufstelle entwickelt. Seit Bestehen haben wir 30.000 Bürgern helfen können. Unsere Erfolgsquote von fast 80 Prozent hat unsere Kummer-Nummer überregional bekannt gemacht. Die Berliner Woche ist seit Einrichtung der Kummer-Nummer fester Medienpartner und veröffentlicht jede Woche einen gelösten Fall.



Der CDU-Abgeordnete Gregor Hoffmann ist seit vielen Jahren das Gesicht der Kummer-Nummer. Er versucht für die Betroffenen eine Klärung zu erreichen. Von Zeit zu Zeit bietet er in den Bezirken auch Außensprechstunden an, wie hier zum Beispiel im Linden-Center in Hohenschönhausen.

Tanzschule BROADWAY Freizeit in Stereo.

Wöchentlich mehr als 200 Stunden Freizeit, Fitness & Fun

Am besten, Sie buchen noch heute!
Gesellschaftstanz für alle Alters- und Leistungsklassen

- Hochzeits- und Crashkurse	- Videoclip-Dancing/ Hip Hop
- Discofox	- Discodance
- Salsa/Merengue/Bachata	- Tango Argentino
- Rock 'n' Roll/Swing	- Jazz-/Musical-Dance
- Flamenco	- Kindertanz
- Bauchtanz	- Seniorentanz
- Ballett/Gymnastik/Aerobic	- Das Tanzschuljahr

Jeden Monat neue Grundkurse - Gemütliche Gastronomie
- Raumvermietung - Veranstaltungen

Askaniering 155 - 13585 Berlin - www.tanzschule-broadway.de
info@tanzschule-broadway.de - Telefon 030/375 20 20 - Telefax 030/375 95 803

Mehr erfahren: www.cdu-charlottenburg-wilmersdorf.de

Rückblick



Galerierundgang im Mierendorff-Kiez: Zu einem Galeriebesuch hatten am 25. Juni viele Galeristinnen und Galeristen im Mierendorff-Kiez eingeladen. Unter dem Titel: „Kunst Insel – Insel Kunst – Mierendorffplatz“ versuchten sie, interessierten Bürgern ihre Werke nahe zu bringen. Eine kleine Besuchergruppe aus Mitgliedern der CDU Charlottenburg-Nord und dem Forum für Kultur war unterwegs, sammelte interessante Eindrücke und führte spannende Gespräche, zum Beispiel mit Friedhelm Maria Leistner aus der Mindener Straße 2 und Frau Bosard aus der Mierendorffstraße 15.



Gedenken am Steinplatz: Am Morgen des 17. Juni legten Vertreter der Opferverbände sowie des Bezirks am Gedenkstein auf dem Steinplatz Kränze im Gedächtnis an den Volksaufstand 1953 in Ost-Berlin und in vielen Städten der DDR der. Worte des Gedenkens sprach u.a. der stellvertretende Bezirksbürgermeister und Baustadtrat, Klaus-Dieter Gröhler, CDU. Der CDU-Ortsverband Charlottenburg-Nord war dabei durch den stellv. Vorsitzenden und CDU-Stadtrat für Bürgerdienste und Personal, Joachim Krüger, vertreten.

Von Barrierefreiheit bis Nahverkehr

Unser Ziel: Älteren Bürgern den Alltag erleichtern

Ziel der CDU-Politik im Bezirk und damit auch in Charlottenburg-Nord ist es, dass ältere Menschen selbstbestimmt die Gestaltung ihres Alltags und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in die eigene Hand nehmen können.

Aufgabe der Politik ist es, alles Hinderliche auf diesem Weg wegräumen zu helfen. Dies reicht beispielsweise von der Barrierefreiheit am Eingang zum U-Bahnhof Halemweg über die Gestaltung der Kreuzungsbereiche durch abgesenkte Bordsteine bis hin zur stufenlosen Eingangsgestaltung zu Bürgeramt und Stadteilbibliothek im umgebauten Jugendclub am Halemweg.

Doch die Palette reicht noch weiter und umfasst eine bessere abendliche Beleuchtung der Gehwege und Blockdurchwegungen, die zeitnahe Ausbesserung von Pflasterausbrüchen auf den Gehwegen und eine verlässliche Nahverkehrsanbindung an die Innenstadt mit den von der BVG bzw. in ihrem Auftrag betriebenen Buslinien ebenso wie gepflegte Platz- und Parkanlagen mit zum Verweilen einladenden, gut erhaltenen Bänken.

Einrichtungen besser vernetzen

Neu durchdacht werden müssen künftig aber auch die Vernetzungsmöglichkeiten unterschiedlicher im Wohnbezirk nebeneinander her existierender Einrichtungen (Seniorenwohnhäuser, Seniorenheime, Kirchengemeinden, Stadtbibliothek, Schulen etc.), um die Vielfalt kultureller Angebote im Wohngebiet noch besser an alle interessierten älteren Menschen zu bringen, z.B. mit einem monatlich erscheinenden Info-Blatt: Kulturelle Angebote in Charlottenburg-Nord.

Weiterhin sollte nach der Wiedereröffnung die Charlottenburg-Wilmersdorfer Seniorenvertretung ihre bewährte Seniorenberatung im Bürgeramt Halemweg wieder aufnehmen. Der Bezirk sollte dieses Angebot – wie bisher – mit Mieter-, Renten- und Sozialberatung ergänzen.

Eine besondere Zusammenarbeit ist mit den großen im Bezirk aktiven Sozialverbänden wie den SoVD, dem VdK und dem BdH zu suchen, um diese erfahrenen und ehrenamtlich arbeitenden Vereine für Partnerschaften zu derzeit noch unbetretenen Seniorenwohnhäusern im Charlottener Norden zu gewinnen und um für eine, einzeln wohnende Mobilitätseingeschränkte ältere Menschen Besucherdienste zu organisieren.

Fahrdienste optimieren

Auf Landesebene wird unser ungeteiltes Engagement wie bisher dem bürokratiearmen Funktionieren der Fahrdienste für Menschen mit außerordentlichen Geheinschränkungen gelten, denn nichts ist schlimmer, als wegen des nicht rechtzeitigen Eintreffens des Transportfahrzeugs wichtige Termine zu gesellschaftlichen Teilhabe versäumen zu müssen!

Haben Sie weitere Ideen und Vorschläge zum Thema, so wenden Sie sich an die CDU Charlottenburg-Nord und an mich als Ihren CDU-Direktkandidaten zur Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011 im Wahlkreis 1 (Charlottenburg-Nord) unter der Anschrift der CDU-Kreisgeschäftsstelle, Otto-Suhr-Allee 100, 10585, Raum 229. Gern auch telefonisch unter ☎ 341 35 34.

Ihr Joachim Krüger, Stadtrat für Bürgerdienste und Personal

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis I (Charlottenburg-Nord):

Joachim Krüger

Bürgerbüro Joachim Krüger
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin



Gespräch in der Syrischen Kirche

Jugendliche liegen uns gemeinsam am Herzen

Interessante Angebote für junge Menschen zur aktiven Freizeitgestaltung, aber auch um einen besseren Schulerfolg zu erzielen, sind ein Erfolg versprechenderer Weg, als sie sich selbst und der Straße zu überlassen.

Darin waren sich bei einem Vorstandsgespräch zwischen der Syrisch-Orthodoxen-Gemeinde in der Mindener Straße und dem CDU-Ortsverband Charlottenburg-Nord alle Teilnehmer einig. Die drei Christdemokraten Judith Stückler, Peter-Claus Münnich und Joachim Krüger waren beeindruckt von dem Engagement der Mitglieder dieser Religionsgemeinschaft, erfuhr bei dieser Gelegenheit auch von den Sorgen, die die Gemeinde bei der Sanierung des unter Denkmalschutz stehenden Kirchenkomplexes hat. So ist es z.B. sehr kostspielig, die geschützten Kirchenfenster unter energetischen Gesichtspunkten zu erhalten.

Bereits in den Monaten zuvor hatte Judith Stückler die gemeinsamen positiven Kontakte angebahnt. So hatte der CDU-Ortsverband in den Gemeinderäumen die Herausforderung Jugendschutz diskutiert und eine Erinnerungsveranstaltung an den Le-

bensweg der Kaiserin Augusta als Namenspatronin der nach ihr benannten Allee im Mierendorffkiez erfolgreich durchgeführt.

„Wir sind bei unserem gemeinsamen Gespräch auf so viel Herzlichkeit und Engagement gestoßen, dass wir spontan vereinbart haben, diese Kontakte zukünftig intensiv fortzusetzen“, sagte der CDU-Ortsvorsitzende und derzeitige Stadtrat für Bürgerdienste und Personal, Joachim Krüger, nach diesem Treffen.



Die Syrische Kirche in der Mindener Straße.

Joachim Krüger zu Besuch beim traditionellen Gartensommerfest

Seniorenstiftung leistet in Charlottenburg-Nord gute Arbeit

Dies war die Kernaussage im Grußwort des CDU Stadtrats für Bürgerdienste und Personal, Joachim Krüger, beim nun schon traditionellen Gartensommerfest in der Seniorenwohnanlage Heckerdamm am Nordrand der Paul-Hertz-Siedlung.

Einst für die drei Wilmersdorfer städtischen Seniorenpflegeheime in der Koenigsallee, am „Wilden Eber“ und in der Hohensteiner Straße als soziale Stiftung eingerichtet, verwaltet und betreut die Wilmersdorfer Seniorenstiftung heute außerdem mehrere Seniorenwohnhäuser in Charlotten-

burg, darunter dieses Haus am Heckerdamm. Bei Kaffee, kalten Getränken und Gegrilltem verbrachten die anwesenden Bewohnerinnen und Bewohner mit Musik und bei erfrischenden Gesangsbeiträgen einer Schülergruppe einen angenehmen Nachmittag an diesem sonnigen Juni-Tag mitten in der Natur.

Im Laufe der Gespräche konnte sich Stadtrat Krüger von der großen Zufriedenheit der Mieterinnen und Mieter mit ihrem Wohnumfeld und der Betreuung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Seniorenstiftung überzeugen.



Stadtrat Joachim Krüger beim Sommerfest in der Seniorenwohnanlage am Heckerdamm.

Es ist eine gute Tradition, dass zu den Sommerfesten und auch zum alljährlichen Adventstreffen Vertreter der Politik und des vorpolitischen Raums mit eingeladen werden, um die enge Verbindung zwischen Bezirk und Stiftung unter Beweis zu stellen. So wurde an diesem Nachmittag die CDU durch die Bezirksverordnete Marion Halten-Bartels, Vorsitzende des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden, und die gewählte Seniorenvertretung u.a. durch ihren Vorsitzenden, Herrn Jakobi, vertreten, die sich ebenfalls interessiert in die Gespräche einschalteten.

Termine

Treffpunkt China-Restaurant

Der Westender Wahlkreisabgeordnete Andreas Statzkowski und die Bezirksverordneten aus Westend bieten einmal in der Woche eine Sprechstunde an. Diese finden am 21. Juli (Donnerstag) und 27. Juli (Mittwoch), am 3. August (Mittwoch), 10. August (Mittwoch), 17. August (Mittwoch), 24. August (Mittwoch), 31. August (Mittwoch) sowie 7. September (Mittwoch) und 14. September (Mittwoch) jeweils um 20 Uhr im Chinesischen Restaurant an der Olympischen Brücke statt. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich.

Neue Homepage

Wenn man sich über den Westender Wahlkreisabgeordneten Andreas Statzkowski genauer informieren will, kann man nicht nur die Seite der CDU Westend unter www.cdu-westend.de aufrufen, sondern auch seine eigene Internetseite www.andreas-statzkowski.de. Natürlich können Sie ihm auch direkt eine E-Mail schicken an statzkowski@cdu-fraktion.berlin.de.

Kaffeerunde in Westend

Haben Sie schon immer mal Lust gehabt, sich bei einem Kaffee mit ihrem Westender Wahlkreisabgeordneten Andreas Statzkowski zu treffen? Jetzt haben Sie die Gelegenheit dazu. Treffen Sie ihn am 21. Juli (Donnerstag) um 15 Uhr, am 29. Juli (Freitag) im Café Cosima (Angerburger Allee), am 5. August (Freitag) um 14 Uhr im Wiener Café am Steubenplatz, am 12. August (Freitag) um 15 Uhr im Café K (Sensburger Allee), am 19. August (Freitag) um 15 Uhr im Wiener Café am Steubenplatz, am 26. August (Freitag) um 15 Uhr im Café Cosima (Angerburger Allee), am 2. September (Freitag) um 15 Uhr im Café Kastanienallee (Ecke Reichsstraße) und am 9. September (Freitag) um 15 Uhr im Café K (Sensburger Allee). Lassen Sie sich zum Kaffee einladen!

Spaziergänge im Kiez

Seit vielen Jahren bietet die CDU Westend die Möglichkeit, mit Mitgliedern der Partei durch den Wahlkreis zu laufen. Unter der fachkundigen Führung von Arne Herz (Kandidat zur Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf) treffen wir uns jeweils samstags um 12 Uhr für ca. eine Stunde: am 23. Juli am U-Bahnhof Neu-Westend zum Spandauer Bock, am 30. Juli am S-Bahnhof Heerstraße durch die Siedlung Heerstraße, am 6. August um 12 Uhr am U-Bahnhof Neu-Westend durch Alt-Westend, am 13. August am S-Bahnhof Heerstraße zum Postfenn, am 20. August am U-Bahnhof Neu-Westend zum Brixplatz, am 27. August am U-Bahnhof Ruhleben, am 3. September am S-Bahnhof Heerstraße zum Wohngebiet am Kolbe-Hain und am 10. September am S-Bahnhof Messe-Süd durch Eichkamp.

Spielen, reden, Kaffee trinken

Haben Sie kleinere Kinder und gehen Sie auf die Westender Spielplätze? Dann kommen Sie zu uns! Während Ihre Kleinen sich vergnügen, können Sie mit Mitgliedern der CDU Westend ins Gespräch kommen und über aktuelle kommunalpolitische Themen reden. Sie treffen uns mit Spielsachen sowie Kaffee und Kuchen jeweils samstags von 14 bis 16 Uhr: am 23. Juli auf dem Spielplatz im Ruhwald-Park, am 30. Juli auf dem Spielplatz Ortelsburger Allee, am 6. August auf dem Spielplatz Oldenburgallee, am 13. August auf dem Spielplatz Ortelsburger Allee, am 20. August auf dem Spielplatz Brixplatz, am 27. August auf dem Spielplatz Brombeerweg, am 3. September auf dem Spielplatz Fürstenplatz und am 10. September auf dem Spielplatz Westendallee Ecke Reichsstraße.

Ungerechtigkeiten durch das Bundeskleingartengesetz

Lösungsvorschlag für übergroße Lauben

Stellen Sie vor, dass Sie auf der Suche nach einer kleinen Parzelle mit einer schönen Laube sind. Sie finden ein schönes Grundstück, das Sie pachten wollen.



Die Freude an der neuen Parzelle kann manchem Hobbygärtner schnell vergehen, denn ist die Laube größer als 50 Quadratmeter, muss sie zurückgebaut werden. Foto: Evgeniya Moroz, Fotolia.com

Sie fragen nach der jährlichen Pacht. 500 Euro. Ja, das können Sie sich leisten. Auf der Parzelle steht eine Laube mit 50 Quadratmeter. Ein bisschen größer als eigentlich erlaubt. Aber die Laube steht schon seit Jahrzehnten dort und niemanden hat es gestört. Strom, Abwasser, sogar Telefon ist vorhanden. Sie meinen, einen schönen Platz zur Ruhe und Erholung gefunden zu haben. Der Bezirksverband der Kleingärtner ist froh, dass sie Interesse haben. Sie sind bereit, den Pachtvertrag zu unterschreiben.

Dann verweist der Kleingärtnerverband Sie noch auf ein kleines Detail. Mmh, der Vorbesitzer konnte seine 50-Quadratmeter-Laube nutzen, solange er wollte. Sie nicht! Wenn Sie die Parzelle wieder weiterverpachten wollen, müssen sie eine 24-Quadratmeter-Laube übergeben. So schreibt es das Bundeskleingartengesetz vor. Sie erwidern darauf, dass man diese Laube doch gar nicht „zurückbauen“ kann. Richtig! Dann müssen Sie sie eben komplett abreißen. Naja, ca. 12 000 Euro kann das schon kosten. 12 000 Euro! Aber der Kleingärtnerverband macht ihnen einen Vorschlag. Sie sollen einfach 40 Euro im Monat mehr Pacht zahlen. Dafür müssen Sie aber auch mindestens 20 Jahre die

Parzelle pachten. Gehen Sie vorher runter, dann müssen Sie die Restsumme auf einmal zahlen. Das ist zu viel. Mit schwerem Herzen suchen Sie woanders weiter.

Bei den ca. 75 000 Kleingartenparzellen in Berlin kann sich bei über 50 Prozent dieser Fall genauso abspielen. In Charlottenburg z.B. bei über zwei Drittel der Parzellen. Mehrere Gerichtsurteile haben sich bereits mit diesem Fall befasst. Im Ergebnis immer zugunsten der Kleingärtner und gegen die Bezirksämter, die den Abriss gefordert haben. Es ist ungerecht, weil Pächter den Abriss zahlen sollen, die für diese sogenannten „übergroßen“ Lauben nicht verantwortlich sind. Hinzu kommt, dass in Charlottenburg

bis 2001 die Lauben geduldet wurden und erst SPD-Frau Thiemmen auf die Idee von Abrissverfügungen kam. Im Westteil Berlin sind bis in die 70er Jahre und im Ostteil bis zu Jahr 1990 „übergroße“ Lauben nicht nur geduldet, sondern sogar erwünscht gewesen.

Deshalb sollte der Berliner Senat heute Rechtsklarheit schaffen und sagen, dass alle bis zum 3. Oktober 1990 errichteten Lauben – egal wie groß – Bestandsschutz erhalten und weiterverpachtet werden dürfen, bis sie eines Tages baufällig sind und abgerissen werden müssen. Deshalb hat die CDU einen dementsprechenden Antrag ins Parlament eingebracht.

kurz und knapp

Gartenfest

Der Unterbezirk Westend der Bahn-Landwirtschaft führt am Samstag, 13. August, ab 16 Uhr das diesjährige Sommerfest durch. Es findet unter der Rudolf-Wissel-Brücke (Abfahrt Fürstenbrunner Weg) statt. Ab 17 Uhr findet eine Vorstellung dreier Bürgermeisterkandidaten u.a. mit Klaus-Dieter Gröhler (CDU) statt. Ab 19 Uhr spielen die „New Mavericks“.

Auerbachtunnel

Andreas Statzkowski hat sich mit einer Kleinen Anfrage im Parlament dafür eingesetzt, dass der Auerbachtunnel bald wieder geöffnet wird. Ihm wurde mitgeteilt, dass die grüne Stadträtin im Bezirksamt für die Sperrung zuständig ist. Statzkowski versteht nicht, warum nicht wenigstens einspurig die wichtige Verbindungsstrecke geöffnet werden kann.

Möbelhaus

Seit langem kursieren Gerüchte, dass in Eichkamp ein großes Möbelhaus errichtet werden soll. Der Abgeordnete Andreas Statzkowski nahm sich des Problems an und hat die vielen Fragen der Anwohner dem Senat gestellt. Nach Aussage der Senatsstadteentwicklung besteht zurzeit keine Absicht die Areale für großflächigen Einzelhandel zu nutzen.

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis II (Westend):

Andreas Statzkowski

Bürgerbüro Andreas Statzkowski
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin



Treffen Sie Andreas Statzkowski!

Jeweils mittwochs um 20 Uhr im Chinesischen Restaurant an der Olympischen Brücke

Sie wollen sich weiter informieren?

www.andreas-statzkowski.de
www.wir-kuemmern-uns.de
www.cdu-westend.de
www.city-cdu.de

Anregungen, Kritik und persönlicher Kontakt unter
☎ (030) 341 35 34 • E-Mail: statzkowski@cdu-fraktion.berlin.de

Müllecken: CDU-Mitglieder griffen selbst zur Schaufel



Das Team von Mitgliedern der CDU um Wahlkieskandidatin Vanessa Verstegen und Stadtrat Klaus-Dieter Gröhler reinigte mehrere Stunden lang das vermüllte Bahngelände.

Kant-/Ecke Kaiser-Friedrich-Straße

Totales Versagen des Ordnungsamtes

Haben Sie in letzter Zeit schon mal versucht, von der Kantstraße in die Kaiser-Friedrich-Straße abzubiegen? Dann werden Sie sicher auch die Abbiegespur gesucht haben.

Diese ist zwar da, die Pfeile sind auch auf der Straße aufgemalt. Aber sie ist völlig von Fahrzeugen zugesperrt, und das den ganzen Tag. Dabei handelt es sich nicht um einen neuen Zustand. Nein, nein. Dem zuständigen Verkehrsstadtrat Marc Schulte (SPD) ist die Gefahrenstelle seit langem bekannt. Der CDU-Bezirksverordnete Stefan Häntsch, gleichzeitig Vorsitzender des Verkehrsausschusses in der BVV, hat den Stadtrat bereits mehrfach auf diesen gefährlichen Zustand angesprochen. Obwohl Stadtrat Schulte die Situation bestätigt, ändert sich nichts. Wo ist hier das

Ordnungsamt, das eigentlich den ruhenden Verkehr überwachen sollte? Und das ist nur die Spitze des Eisberges. Parken in zweiter Reihe, Parken auf dem Bürgersteig und in Einfahrten, rücksichtsloses Fahrradfahren auf dem Bürgersteig – und weit und breit kein Ordnungsamt!

Reden und Zuhören scheinen eine Stärke von Stadtrat Schulte zu sein, Handeln aber nicht. Stefan Häntsch hatte mehrfach gefordert, mit Schwerpunktkontrollen die Einhaltung der Verkehrsregeln zu überwachen und ggf. zu ahnden. Doch bis heute taucht der Stadtrat mit seinem Ordnungsamt ab. Dies muss sich in Zukunft ändern. Der Stadtrat und das Ordnungsamt müssen sich ihrer Aufgaben wieder bewusst werden und im Sinne der Bürger und im Sinne der Verkehrssicherheit handeln.



Die Straßenkreuzung Kant-/Kaiser-Friedrich-Straße ist für viele Autofahrer ein Ärgernis. Wer hier abbiegen will, wird durch geparkte Autos behindert. Das Ordnungsamt müsste öfter kontrollieren und härter durchgreifen, tut es aber nicht. Foto: Christian Hahn

Anpacken rund um den Stuttgarter Platz

Während der nördliche Bereich rund um den Bahnhof Charlottenburg in den vergangenen Monaten neu gestaltet wurde, verkommt der südliche Bereich immer mehr.

Insbesondere das im Eigentum der Deutschen Bahn AG befindliche Gelände im Bereich Gervinusstraße, Ecke Wilmersdorfer Straße stellt sich in einem erbärmlichen Zustand dar. Dieses ist umso schlimmer, da es sich hierbei um eine öffentliche Grünfläche handelt, für deren Zustand nicht der Bezirk, sondern die Deutsche Bahn verantwortlich ist. Dieses war Anlass für eine Grup-

pe engagierter CDU-Mitglieder unter Führung der Wahlkieskandidatin zum Abgeordnetenhaus, Vanessa Verstegen, und des Bürgermeisterkandidaten der CDU, Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler, diesen Zustand nicht mehr tatenlos hinzunehmen.

Mit Handschuhen, Schaufeln und Zangen ausgerüstet, wurde über mehrere Stunden versucht, den Bahndamm zu reinigen. Dabei wurden über 200 gebrauchte Heroinspritzen, diverse Lumpen, Sperrmüll wie Matratzen und Möbelreste, Kabelummantelungen und weiteres mehr eingesammelt. Und dieses stellte nur einen Bruchteil der dort befindlichen

Verschmutzungen dar. Daraufhin hat sich Vanessa Verstegen an Bahn-Chef Dr. Rüdiger Grube gewandt und ihm die Situation geschildert. Bedauerlicherweise ist die Reaktion der Bahn nur zum Teil befriedigend. Das beschriebene Ausmaß an Vermüllung wird von der Deutschen Bahn nicht gesehen. Dennoch hat der Konzern zugesagt, auf seinen Flächen eine Sonderreinigung durchführen zu lassen. Dabei sollte sich auch der wuchernden Büsche und Sträucher angenommen werden, die für Drogen- und Alkoholabhängige willkommene Verstecke bieten.

Wir bleiben weiter dran!

KidsKiezTreff in der Sophie-Charlotten-Straße

Unermüdlicher Einsatz für die Kinder

Der KidsKiezTreff in der Sophie-Charlotten-Straße ist längst ein fester Anlaufpunkt für Kinder aus dem Kiez rund um den Klausen-erplatz geworden.

Hier wird ihnen die Möglichkeit geboten, mittags eine warme

Mahlzeit zu sich zu nehmen, Hausaufgaben zu machen, Freunde zu treffen und zu spielen. Möglich gemacht haben dies die CDU-Bezirksverordnete Gesina Gisa und ihr Team vom KidsKiezTreff durch ihr unerermüdliches Engagement. Hierzu die

Wahlkieskandidatin Vanessa Verstegen (CDU): „Gerade in Zeiten, in denen der Bezirk aufgrund knapper Kassen seinen Einsatz für die Kinder immer mehr zurückschraubt, ist ein derartiges bürgerschaftliches Engagement mehr als bewundernswert.“



CDU-Direktkandidatin für den Wahlkreis III (Schloss):

Vanessa Verstegen

Als Ihre Abgeordnetenhauskandidatin für den Wahlkreis III freue ich mich auf den intensiven Austausch mit Ihnen. Ich bin 32 Jahre alt, diplomierte Politikwissenschaftlerin und arbeite als Projektleiterin einer Unternehmensinitiative.

Für Fragen und Hinweise erreichen Sie mich:

Bürgerbüro Vanessa Verstegen
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

☎ 030 / 341 35 34 • info@cdu-schloss.de
oder vor Ort im Wahlkreis

Wilmersdorfer Straße

Licht und Schatten in Berlins ältester Fußgängerzone



Seit der Eröffnung als Berlins erster Fußgängerzone in den 70er Jahren hat die Wilmersdorfer Straße schon viel gesehen und durchgemacht.

Zunächst als Sternstunde der verkehrspolitischen Entwicklung gefeiert und wegen der architektonischen Besonderheiten, zum Beispiel durch die Überdachung an den U-Bahn Eingängen und die markanten Beleuchtungsmasten, lange Zeit von Experten hoch gelobt, wurde die Straße insbesondere nach der Wende immer mehr zu einer Ansammlung von Geschäften, die mit ihren Billigangeboten und ständig wechselnden Inhabern nicht zwingend zu einer Verbesserung des Versorgungsangebotes führten. Auch nach der Abräumung der, zugegebenermaßen dem Zeitgeist der 70er Jahre entsprechend, gestalteten Verkaufscantainern in der Mitte der Fußgängerzone änderte sich die Situation nicht wesentlich zum Besseren. Nach Verkaufsschluss in den Geschäften mutierte die Straße weiterhin zu einer freudlosen Gasse, durch die der Wind pfliff.

Durch ein großzügig angelegtes Sanierungs- und Modernisierungskonzept des Bezirks und mit Unterstützung von ansässigen Geschäftsinhabern konnte die Fußgängerzone Wilmersdorfer Straße langsam, aber stetig aus diesem Dornröschenschlaf erweckt und wieder zu einer aufstrebenden Geschäftsstraße verwandelt werden. Maßgeblichen Anteil daran haben der für das öf-



Belebt und beliebt wie eh und je: die Wilmersdorfer Straße.

fentliche Bauen im Bezirk verantwortliche Stadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) und die Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf.

Lobend erwähnen muss man an dieser Stelle, dass sich unter anderem die Betreiber der Wilmersdorfer Arcaden sowie die AG Wilmersdorfer Straße sehr mit dem Projekt der Neugestaltung zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität identifiziert und es nach Kräften unterstützt haben.

Durch das große gemeinsame, private sowie öffentliche Engagement in der Wilmersdorfer Straße, das beispielhaft für eine vernünftige Stadtentwicklungs- und Baupolitik in unserem Bezirk ist, hat der Bezirk nun neben der beliebtesten Einkaufsmeile Berlins, nämlich dem Geburtstagskind Kurfürstendamm, auch noch die



Das Fahrradfahren nervt viele Passanten. Schließlich ist die beliebte Einkaufsmeile eine Fußgängerzone. Fotos: Christian Hahn

mittlerweile umsatzstärkste Straße in Berlin. Getrübt wird dieser Erfolg bedauerlicherweise nur durch die vielen, meist in Massen auftretenden „fliegenden Werber“ mit ihren Flyern und Handzetteln. An jeder Ecke der beliebten Fußgängerzone wird dem geneigten Fußgänger etwas anderes offeriert. Manchmal nicht immer nach den Regeln des normalen Umgangs miteinander. Da wird auch durchaus mal aggressiv vorgegangen. Das zuständige Ordnungsamt des zuständigen Bezirksstadtrat Herrn Schulte (SPD) findet man allerdings noch viel zu wenig bei Kontrollen dieser oftmals ohne die erforderliche Genehmigung auftretenden Truppen. Gleichfalls ohne die entsprechende Konsequenz findet man insbesondere während der Markttag am Karl-August-Platz Fahr-

radfahrer, die in raschem Tempo die Fußgängerzone queren oder der Länge nach durchfahren. Dabei scheint ihnen völlig entgan-

gen zu sein, dass die rot-grüne Mehrheit in der BVV lediglich nach Geschäftsschluss das Fahrradfahren in der Fußgängerzone gestattet hat. So muss sich mancher Passant beim Schaufensterbummel oder bereits mit schweren Tüten Beladene mit einem kühnen Sprung zur Seite vor den Schutzblechen und Pedalen der „Radritter“ in Sicherheit bringen.

Auch hier wäre das Ordnungsamt gefragt. Bisher sind die Anträge der CDU-Fraktion für eine ordnungsgemäße und regelmäßige Kontrolle in der Wilmersdorfer Straße beim Stadtrat Schulte (SPD) auf taube Ohren gestoßen. Die CDU wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sicher in der Fußgängerzone Wilmersdorfer Straße bewegen können – ohne Risiko und ohne Belästigungen.

Carsten Engelmann

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis IV (City-Kurfürstendamm):

Carsten Engelmann

Bürgerbüro Carsten Engelmann
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin



Demokratie heute und Beteiligung des Bürgers

Die CDU – Partner des engagierten Bürgers

„Demokratie heute und Beteiligung des Bürgers“ – dazu fand unter Leitung des Wahlkreisbewerbers für den Ortsverband Grunewald-Halensee, Claudio Jupe, am 24. Mai ein Vortrag und Rundgespräch mit Senator a.D. Volker Hassemer statt. Dr. Hassemer ist heute Vorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin in Berlin-Grunewald.

Schon 2004 hat der Brite Colin Crouch in seinem Buch „Postdemokratie“ auf Missverhältnisse in der Entwicklung unserer parlamentarischen Demokratien hingewiesen. Globalisierung und von der Politik unbeachtete Zweifelsfragen der Menschen führen zu außerparlamentarischen Initiativen und Widerstand, zu einem unabhängigen gesellschaftlichen Engagement unter Abwendung der Bürger vom Staat. Vertrauensverlust in der Bürgerschaft hat schon mancherorts zu Protesten geführt, wobei „Stuttgart 21“ nur ein Fanal ist für die Entwicklung in zurückliegender Zeit. Volker Hassemer, übrigens auch ehemaliger Wahlkreisabgeordneter für den Ortsverband Grunewald-Halensee, fordert deshalb die breite Öffnung der Parteien den Bürgern gegenüber im Gegensatz zur Kultur der geschlossenen Konferenzen in Parteienzirkeln. Seine Forderungen hierfür lauten:

- Der Bürger muss ernst genommen werden
- Die Probleme müssen klar definiert werden
- Die Zuständigkeiten müssen deutlich und offen benannt werden
- Der Bürger muss einbezogen werden bei wechselseitigem Austausch von Argumenten und ausführlichen Verweisen auf alle wichtigen Argumente bei der Entscheidungsfindung
- In der Entscheidungsfindung muss Öffentlichkeit und Transparenz herrschen.

Die CDU in Grunewald-Halensee ist dazu auf jeden Fall bereit!



Claudio Jupe
Bewerber für
den Wahlkreis V
Grunewald-
Halensee

Schritt 1: Wir haben das Wahlkampfprogramm der CDU für die Berliner Wahlen am 18. September mit dem Titel „Das muss sich ändern – die wichtigsten Probleme Berlins und ihre Lösungen“ öffentlich erarbeitet, nämlich vor Diskussion und Beschlussfassung auf dem Landesparteitag mit den Berliner Bürgern in Telefonkonferenzen erörtert, im Internet-Forum kommuniziert und die vielen Meinungsäußerungen der Bürger in unsere Lösungsvorschläge einbezogen. Konkrete Angebote für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf sind in das bezirkliche Wahlprogramm eingeflossen.

Schritt 2: Die praktische Anwendung: Investorenpläne zur Bebauung des Güterbahnhofs Grunewald wurden von der CDU öffentlich gemacht und mit den Bürgern, speziell den betroffenen Anliegern in Westend und Grunewald, besprochen.

Die CDU wird die öffentliche gesellschaftliche Teilhabe an diesem und ähnlichen Projekten ernst nehmen und fortsetzen!

In seiner Antrittsrede zur Wahlkreisbewerbung hat der Wahlkreisbewerber Claudio Jupe zur unmittelbaren Kommunikation und deren beständiger Aufrechterhaltung mit den Bürgern aufgerufen. Damit ist die CDU auf einem guten Weg, ihr eigenes und das zivilgesellschaftliche Engagement von Bürgern in eine Übereinstimmung zu bringen.

Deshalb können wir versprechen: Für uns ist nach der Wahl immer auch vor der Wahl. Ein solch konstruktives Verhältnis des Hinhörens zwischen der CDU und den Bürgern werden wir auch nach den Wahlen nicht enttäuschen und uns beständig bemühen, eine Vertrauenskultur aufrechtzuerhalten und immer wieder zu erneuern.
Ihr Claudio Jupe

Hintergrund

Was heißt aktive Seniorenpolitik?

Die CDU ist Partei aller Generationen. Sie nimmt auch und besonders die Sorgen der Älteren ernst.

Die CDU sorgt für Teilhabe, Beschäftigung und Weiterbildung für die ältere Generation. Ich selbst möchte nicht nur für Toleranz zwischen den Generationen werben, sondern für die Weitergabe der Kompetenz, des Erziehungswissens und des Verständnisses der Älteren an die nachfolgenden Generationen.

Wir sind für den Ausbau neuer Wohn-, Pflege-, und Betreuungsformen. Dabei wollen wir den Zusammenhalt von Familien stärken. Ein besonderes Anliegen sind uns deshalb generationsübergreifende Projekte. Ich setze mich sehr für Mehrgenerationenhäuser ein. Die CDU-Fraktion in Charlottenburg-Wilmersdorf hat den Antrag gestellt, über das Bezirksamt dafür Sorge zu tragen, dass in Kooperation mit freien Trägern die bestehenden Seniorenwohnhäuser so umgebaut werden, dass die Kleinstwohnungen zu jeweiligen 2-Zimmerwohnungen umgebaut werden. Ein Modell dafür besteht bereits in Friedrichshain-Kreuzberg, wo ein solches Projekt mit dem Unions-Hilfswerk begonnen wurde. Den Senioren soll bei Umzug in ein Seniorenwohnhäuser

das Festhalten an ihrer liebgeordneten Umgebung (Wohnungseinrichtung) erhalten bleiben!

Zu unserer Generationen-Politik gehört aber auch, dass die Menschen vor Alltagskriminalität geschützt werden. Ich fordere eine gut ausgestattete orts- und bürgernahe Polizei. Es geht nicht an, dass Berlin weiter an einzusetzenden Polizeibeamten geizt. Tatsächlich ist die innere Sicherheit aus der Sicht vieler Menschen und der Senioren insbesondere gefährdet durch brutale Angriffe im öffentlichen Bereich, Brandanschläge auf Sachen (Autos), weitere Anschläge auf Einrichtungen der Polizei und der S-Bahn.

Darüber hinaus verlange ich den Erhalt der Feuerwache Bismarckallee in Grunewald. Das Vertrauen der Gesamtbevölkerung in die öffentlichen Einrichtungen, die den schwächeren Bürger schützen sollen, muss wiederhergestellt werden. Dazu ist es erforderlich, ortsnahe Hilfe- und Rettungseinsätze in unserem Wahlkreis zu erhalten. Dies ist ein geradezu klassischer Fall der öffentlichen Daseinsvorsorge, für die der Staat – also das Land Berlin – gegenüber seinen Bürgern, hier insbesondere gegenüber den Schwachen, plötzlich Erkrankten und Verunglückten eintreten muss!

Ihr Claudio Jupe



Anlässlich des Sommerfestes des Sozialwerks Berlin e.V. besuchte der Stadtrat für Bürgerdienste und Personal, Joachim Krüger, gemeinsam mit dem CDU-Wahlkreis kandidaten für Halensee, Claudio Jupe, das „Schlösschen“ in der Humboldtstraße. Bei einem Rundgang durch das Haus und im anschließenden Gespräch mit der Leiterin Käthe Tresenreuter (unser Foto) konnte sich Claudio Jupe umfassend über die Aktivitäten in der Einrichtung unter dem Motto „Selbstbestimmtes Alter“ informieren.

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis V (Grunewald-Halensee):

Claudio Jupe



Bürgerbüro Claudio Jupe
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

Für meinen Wahlkreis Grunewald/Halensee fordere ich mit meiner Partei im Interesse der Anwohner konkret:

• **Feuerwache Bismarckallee:** Abbau oder Reduzierung der Feuerwache werden abgelehnt. Der Personalstock muss erhalten bleiben. Die Feuerwache ist zum Schutz und zur Sicherheit unserer Bürger zu erhalten!

• **Polizeiabschnitt 25:** Gegen die Schließung wird Protest eingelegt! Die CDU-Fraktion der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf hat zur Erhaltung der Polizeiwache 25 einen Antrag eingebracht, der von mir ausdrücklich unterstützt wird.

• **Bebauung ehemaliger Güterbahnhof Grunewald:** Bei unbedingter Wertschätzung der Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben bei uns muss im Grunewalder Bereich vorab geprüft

und entschieden werden, ob die jeweilige Bebauung städtebaulich vertretbar ist und die nötige Verkehrserschließung in angemessener Weise damit einhergeht. Derzeit liegen die rechtlichen Voraussetzungen für die bisher bekannt gewordene Möbelhausbebauung nicht vor (Flächennutzungsplan).

• **Avus-Sanierung:** Es ist notwendig, dass die Avus in den dafür vorgesehenen Bereichen grunderneuert wird. Das muss aber möglichst bürgerverträglich geschehen, weshalb von mir und meiner Partei für die Anwohner/Anlieger eine Lärmschutzsanierung durch lärmindernden Fahrbahnbelag (Stichwort: „Flüsterasphalt“) zur Reduzierung des Verkehrslärms gefordert wird.

Vorbild für Stadtentwicklung „von unten“

Ideenwerkstatt zum Bundesplatz

Gleich mehrmals widmete sich die Wilmersdorfer CDU zuletzt der Zukunft des Bundesplatzes. Bei seinem Besuch bei einer Ideenwerkstatt (sog. Charrette) der Initiative Bundesplatz unter Anleitung von Studentinnen und Studenten der Bauhaus-Universität Weimar hat sich der Kandidat der CDU für das Abgeordnetenhaus, Stefan Evers, einen Einblick in die Arbeit des Vereins verschaffen können.

Einige Tage später traf er gemeinsam mit BVV-Kandidaten seiner Partei den Vorstand der Initiative erneut zu einem Rundgang über den Bundesplatz. Hierbei sicherte er die Unterstützung seiner Partei für die drin-

gend notwendige Aufwertung des Bundesplatzes zu.

„Wie der Verein gemeinsam mit der Bauhaus-Universität seine Ideen für den Platz entwickelt, davon können wir Stadtplaner eine Menge auch für andere Projekte lernen“, zeigte sich Evers im Anschluss an seinen Besuch beeindruckt. Seines Erachtens sollte diese Form der Bürgerbeteiligung auch in anderen Fällen von besonderer Bedeutung Anwendung finden. „Nicht nur, dass in einer solchen Planungsworkstatt völlig neue und sehr originelle Ideen geboren werden. Veranstaltungen wie diese helfen auch dabei, Konflikte frühzeitig zu erkennen und oft einvernehmlich zu entschärfen.“ Aus diesem Grund

sei ein solches Vorgehen in anderen Ländern ein fester Bestandteil von Stadtplanung.

Ganz konkret nahm er gemeinsam mit seinen Kollegen beim Rundgang über den Platz eine Reihe von Anregungen auf, die nun von der Bezirkspolitik gemeinsam mit den Anwohnern des Bundesplatzes umzusetzen sind. Mit der Freigabe sogenannter Ehrenamtsstellen für einige der vom Verein geplanten Umbaumaßnahmen sei ein erster wichtiger Schritt getan. Nun komme es insbesondere darauf an, auch in Zukunft an einem Strang zu ziehen und die städtebauliche Aufwertung des historischen Platzes und seiner Umgebung gemeinsam voranzubringen.

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis VI (Alt-Wilmersdorf):

Stefan Evers

Bürgerbüro:
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

Tel.: (030) 341 35 34
mitmachen@berlin.de
www.stefan-evers.de



Blumengrüße von der CDU

Fest der Nationen: Tacheles beim Polit-Talk

Zu einem ersten verbalen Schlagabtausch der Wilmersdorfer Abgeordnetenhauskandidaten kam es beim traditionellen Polit-Talk auf dem Fest der Nationen.

Moderiert von RBB-Moderator Uli Zelle stellten sich die Kandidaten vor und nahmen Stellung vor allem zu Fragen der Inneren Sicherheit, der Wirtschaftspolitik und zum Finanzgebaren des Landes Berlin. Besucher des Festes wurden am Eingang von CDU-Kandidat Stefan Evers persönlich mit einer Rose und Informationsmaterial zur Wahl begrüßt – so auch Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen (SPD).

Trotz der charmanten Begrüßung: zum Polit-Talk wurde Tacheles geredet. Dem rot-roten Senat warf Evers Versagen vor allem bei der Inneren Sicherheit und in der Wirtschaftspolitik vor. So habe die Mannschaft rund um

Klaus Wowereit erst in den letzten Monaten ein industriepolitisches Konzept vorgelegt: „Die Verschuldung Berlins ist genauso dramatisch wie die Verschuldung Griechenlands. Die Ursachen dafür sind ähnlich, denn wie Griechenland fehlt auch Berlin das industrielle Rückgrat. Zehn Jahre hat Rot-Rot ungenutzt verstreichen lassen, um eine zukunftsfähige Industriepolitik für die Stadt zu entwickeln. Und was heute vorliegt, ist zum guten Teil bei der CDU abgeschrieben. Dann kann man auch gleich das Original wählen.“ So habe der Senat bei seinen Ideen für die Nachnutzung des Flughafens Tegel eins zu eins bei der CDU abgekupfert.

Einig waren sich alle Politiker in ihrem Aufruf an die Zuschauer, am 18. September vom Wahlrecht Gebrauch zu machen und rechts- und linksextremistischen Parteien keine Chance zu geben.



Die Ideenwerkstatt der Initiative Bundesplatz will den historischen Platz aufwerten. Foto: Frank Guschmann

Gerhart-Hauptmann-Anlage – Umstrittenes Bauvorhaben wiederbelebt

Wut und Enttäuschung bei Anwohnern und Festspielleitung

Eigentlich war die Sachlage klar. Erst im April hatte die BVV den „Einstieg in den Ausstieg“ aus dem Bauvorhaben in der Gerhart-Hauptmann-Anlage beschlossen.

Während CDU und Teile der Grünen ein sofortiges Ende der Planungen forderten, hatten sich SPD und Linke angesichts der heftigen Konflikte zu einem Kompromiss durchgerungen. Drei Bedingungen hatte der Investor bis Mitte Juni zu erfüllen, ansonsten sollte das Verfahren ein für allemal beendet werden. Davon will die SPD heute nichts mehr wissen.

Mindestens zwei der von den Bezirksverordneten ursprünglich geforderten Bedingungen konnte der Investor bis zum Stichtag nicht erfüllen. Weder hatten sich die Berliner Festspiele mit dem Vorhaben einverstanden erklärt, noch wurde die vorgelegte Planung vom Bezirksamt als rechtssicher bewertet. Dennoch wollen SPD und Linke von ihrem Beschluss auf einmal nichts mehr wissen. Gemeinsam mit der FDP

wollen sie ihn in der BVV wieder aufheben. Ein glatter Wortbruch, meint der Wilmersdorfer CDU-Bezirksverordnete Stefan Evers. Er staunte: „Früher hat die SPD ihre Versprechen nach der Wahl gebrochen, heute macht sie es schon vorher.“ Nur ein Machtwort des Regierenden Bürgermeisters (und Kultursenators) Klaus Wowereit könne dessen Parteifreunde wohl noch zur Besinnung bringen.

Im Stadtplanungsausschuss meldete sich auch Geschäftsführerin Charlotte Sieben für die Kulturbetriebe des Bundes mit einem leidenschaftlichen Plädoyer für den Wilmersdorfer Kulturstandort zu Wort. Eindringlich forderte sie die Spielfähigkeit der Berliner Festspiele nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen für eine Bebauung, die letztlich niemand brauche. Trotz der Rückendeckung aus dem Bundeskanzleramt erinnerte sie die SPD allerdings ebenso verblich an ihr Wort wie die anwesenden Vertreter der Bürgerinitiative Fasanenplatz.



Aufopferungsvoll und zu jeder Jahreszeit hatten Mitglieder der Bürgerinitiative Fasanenplatz in den vergangenen Jahren um die Gerhart-Hauptmann-Anlage gekümmert. Umso größer ist jetzt ihre Enttäuschung angesichts der Kehrtwende durch SPD und Linke in der BVV. Foto: FW

CDU/CSU-Arbeitnehmergruppenchef Peter Weiß MdB stellte sich Mindestlohnfrage

Ist Polen offen?

Provokant war schon der Titel der Veranstaltung: „Jetzt ist Polen offen – Brauchen wir Mindestlöhne?“ Gut gewählt hatte CDU-Abgeordnetenhaus-Kandidat Michael Garmer den Ort der Diskussionsrunde, ein Restaurant in der Schlangenbader Straße. Auch hier dürften nicht wenige Bürger wohnen, die sich über die Folgen der neuen Freizügigkeit für polnische Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt Sorgen machen.

Den Hintergrund dieser Regelungen wusste der eloquente Bundestagsabgeordnete Peter Weiß, einflussreicher Chef der Arbeitnehmergruppe von CDU und CSU im Deutschen Bundestag, anschaulich zu erläutern. Seit 1. Mai dieses Jahres ist der deutsche Arbeitsmarkt offen für Bürger aus Polen, Tschechien, der Slowakei, aus Slowenien, Ungarn und den baltischen Staaten. Die genannten Länder wurden vor sieben Jahren in die EU aufgenommen. In Deutschland bestand damals allerdings die Furcht vor einer millionenfachen Zuwanderung aus den osteuropäischen Ländern. Daher wurden Deutschland und Österreich eine Übergangsfrist für das Inkrafttreten der völligen Freizügigkeit eingeräumt. Diese lief nun am 1. Mai 2011 aus. Osteuropäische EU-Bürger, die in Deutschland arbeiten wollen, brauchen nun keine besondere Arbeitserlaubnis mehr.

Befürchtungen vor einer neuen

Völkerwanderung zerstreute Weiß vehement. Bereits seit Jahren gelte die Dienstleistungsfreizügigkeit für osteuropäische Unternehmen, die sich in Deutschland mit ihrer Firma niederlassen könnten. Im grenznahen Berlin sind polnische Handwerksunternehmen daher bereits vertraute Anbieter. Weiß zitierte Expertenstimmen, welche die vor einigen Jahren befürchtete Welle von Einwanderungen in Millionenhöhe in Folge der neuen Freizügigkeit klar verneinen.

Der Bundestagsabgeordnete rechnet mit einer Zuwanderung nach Deutschland bis zum Jahr 2020 von 600 000 bis maximal 1,4 Millionen Arbeitnehmern. In Berlin und Brandenburg werden sich davon nach Schätzungen höchstens wenige Tausend pro Jahr niederlassen.

Weiß befürchtet auch kein Lohndumping durch die polnischen Arbeitnehmer und Unternehmen. Er verweist zur Begründung auf aktuelle Vereinbarungen der Tarifpartner zu Mindestlöhnen in den Wirtschaftsbereichen Leiharbeit, der Gebäudereinigung und auf dem Bau. Als Folge müssen deutsche Firmen ihre polnischen Beschäftigten zu deutschen Konditionen bezahlen. Und in Deutschland tätige polnische Firmen müssen all ihren Mitarbeitern deutsche Mindest- und Tariflöhne bezahlen. Polnische Firmen haben durch die geringeren Sozialversicherungsbeiträge in ihrem Heimatland dennoch einen gewissen Wettbewerbsvorteil gegenüber deutschen Unternehmen. Auch gebe es nach wie vor in verschiedenen Berufen wie z.B. der Pflege oder im Bereich Wäscherei keine Mindestlöhne und daher die Gefahr des Lohndumpings. Hier werde die Bundesregierung bei Bedarf nachsteuern, betonte der CDU-Bundestagsabgeordnete, der auch dem Vorstand seiner Fraktion angehört.



Dr. Michael Garmer (im Bild rechts) dankte Peter Weiß für die interessante Diskussion.

Die Diskussion mit den Besuchern der Veranstaltung hätte engagierter nicht sein können. Schnell wechselte das Thema in Richtung Griechenlandhilfe. Nicht nur Peter Weiß erwies sich auch bei diesem Thema sattelfest, schließlich kam er gerade von einer Sondersitzung seiner Fraktion zu diesem brandaktuellen Thema. Gastgeber und CDU-Kandidat für das Abgeordnetenhaus Michael

Garmer, promovierter Ingenieur und studierter Betriebswirt, plädierte engagiert dafür, es nicht leichtfertig auf eine Pleite Griechenlands ankommen zu lassen. Er warnte in diesem Fall vor den Folgen für die Realwirtschaft in Europa und der Welt. Sollte ein erneuter Schock für die Weltwirtschaft wie nach der Finanzkrise die Folge sein, hätte das massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, befürchtet Michael Garmer. Er musste schließlich als Moderator der Veranstaltung die Rednerliste schließen, da die Wortmeldungen der Gäste nicht enden wollten.

Als Fazit stellte Michael Garmer fest, dass in der Politik zur Zeit ganz offensichtlich mehr Fragen aufgeworfen als für die Bürger befriedigend beantwortet werden.

Politik kompakt

Fünf Fragen an Michael Garmer

? Herr Garmer, verraten Sie unseren Lesern in kurzen Worten, was Sie über verschiedene Politikbereiche denken. Fangen wir an mit der Bildungspolitik.

Michael Garmer: In Berlin eine Katastrophe. Ständige sogenannte Bildungsreformen, viel zusätzlicher administrativer Aufwand für die Lehrer, aber kaum Verbesserungen für die Schüler. Konsequenzen: in Berlin sind 1200 Lehrer dauerkrank. Und Berlin hat mit die höchsten Bildungsausgaben pro Schüler, liegt aber bei den PISA-Ergebnissen weit hinten. Das muss sich ändern!

? Die Sicherheit in den U-Bahnen lässt zu wünschen übrig ...

Michael Garmer: Wovoreit hat in seiner zehnjährigen Amtszeit 4000 Stellen bei der Polizei abgebaut. Kein Wunder, dass sich insbesondere ältere Menschen auf den Straßen und in den U-Bahnen nicht mehr sicher fühlen. Das muss sich ändern!

? Der Berliner Landeshaushalt ist seit Jahren notleidend ...

Michael Garmer: Die Einnahmen des Landes Berlin decken nur ca. 50 Prozent der Ausgaben. Wenn wir so weitermachen, werden wir enden wie Griechenland.

? Die Mieten steigen immer weiter ...

Michael Garmer: Berlin ist attraktiv, immer mehr Menschen drängen sich auf dem Wohnungsmarkt. Hinzu kommen Vereinzelung und steigende Einkommen, sodass die Nachfrage nach Wohnraum steigt und damit auch die Mieten. Was wir brauchen, ist verstärkter Wohnungsneubau. Staatsdirigismus hilft nicht weiter.

? Haben die Menschen noch Vertrauen in die Politik?

Michael Garmer: Die Menschen sind leider oft enttäuscht worden. Wir als CDU wollen in Berlin vor allem erreichen, dass das ganz normale Leben wieder funktioniert, d.h. die S-Bahnen pünktlich fahren, Schuldächer dicht sind und genügend Lehrer und Polizisten zur Verfügung stehen. Das klingt nicht nach großen Visionen, ist aber nach zehn Jahren rot-rotem Senat dringend notwendig.

Umbruch in der arabischen Welt

Können Araber Demokratie? Ruprecht Polenz referierte

Umbruch in der arabischen Welt – Können Araber Demokratie? Unter diesem provokanten Titel diskutierte der Direktkandidat im Wahlkreis Schmargendorf, Dr. Michael Garmer, mit dem führenden Außenpolitiker der CDU, Ruprecht Polenz, MdB. Polenz stellte zunächst die Grundlinien deutscher Außenpolitik für den arabischen Raum vor und verwies auf fünf relevante Aspekte: Israels Sicherheit, Vermeidung von Flüchtlingsströmen, ungehinderte wirtschaft-

liche Tätigkeit, Förderung von Reformen und Demokratie sowie die Terrorismusbekämpfung. Er führte überzeugend aus, dass die Länder der arabischen Welt unterschiedlich weit auf ihrem jeweiligen Weg zu demokratischen Verhältnissen seien.

Ein besonderer Augenmerk deutscher Außenpolitik gelte immer auch der Sicherheit Israels. Polenz verwies hier auf die besondere Gefahr durch gewaltbereite Regime, die im Zuge der aktuellen

Entwicklung mehr als in der Vergangenheit Stimmungen ihrer Bevölkerung aufnehmen müssten.

Lobend hob der Außenpolitik-Fachmann die Arbeit der politischen Stiftungen hervor, die bürgerschaftliches Engagement in den Ländern der arabischen Welt stärken helfen. Am Schluss der sehr lebhaften Diskussion ging Polenz noch auf die jüngst vollzogene Energiewende der CDU/CSU ein. Er betonte, dass neben den unzweifelhaften Risiken des

Ausstiegs aus der Kernenergie auch ungeheure Chancen im Umbau der Energiewirtschaft lägen, die Deutschland bei einem Erfolg zu erheblichen Exportschlägern verhelfen könnte.

Die Eingangsfrage des Abends wurde zwar nicht abschließend beantwortet, die engagierte Diskussion hat aber gezeigt, dass in der arabischen Welt Entwicklungen in Gang gekommen sind, die für Europa Risiken und Chancen zugleich bedeuten.

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis VII:

Dr. Michael Garmer

Haben Sie ein Anliegen? Wollen Sie mich unterstützen? Schreiben Sie mir oder rufen Sie mich an!

Bürgerbüro Dr. Michael Garmer
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

Tel.: (030) 21 02 75 36
mg@michael-garmer.de
www.michael-garmer.de



Treffen Sie Dr. Michael Garmer!

Termine für den Wahlkreis Schmargendorf/ Rüdeshheimer Platz /Wilmersdorf-West

Dienstag, 19. Juli, 18.00 Uhr:

Wahlkampfauftakt des CDU-Kreisverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf mit dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Volker Kauder, an der Baustelle des Bikini-Hauses am Hardenbergplatz

Montag, 25. Juli, 18.00 Uhr:

Bürgersprechstunde im Restaurant Litehouse, Berkaer Straße 40

Montag, 25. Juli, 19.30 Uhr:

Bürgersprechstunde im Restaurant Landauer, Landauer Straße 8

Sonnabend, 13. August, 10.00 Uhr:

Straßenaktion zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer, Rüdeshheimer Platz

Freitag, 26. August, 17.30 Uhr:

Bürgersprechstunde mit dem Bezirksbürgermeisterkandidaten der CDU, Klaus-Dieter Gröhler, und dem Wahlkreis-kandidaten Michael Garmer, beim Weinfest auf dem Rüdeshheimer Platz

Weitere Termine und Adressen unter www.michael-garmer.de